

# Änderung des Landesentwicklungsplans NRW für den Ausbau der Erneuerbaren Energien

## Änderungen nach Auswertung der Beteiligung

### Synopse

#### *Hinweise zum Lesen der Synopse:*

**Linke Spalte:** Wiedergabe der Festlegungen und Erläuterungen gemäß Kabinettsbeschluss vom 02. Juni 2023.

**Mittlere Spalte:** Es werden nur die Absätze wiedergegeben, in denen textliche Änderungen vorgenommen werden, d.h. Absätze, in denen keine Änderungen vorgenommen werden, werden in der mittleren Spalte nicht nochmals wiedergeben. Bereiche mit textlichen Änderungen sind *kursiv und farblich* herausgehoben. Soweit ganze Festlegungen oder Absätze des bisherigen LEP gestrichen werden, wird der Text in der rechten Spalte durchgestrichen wiedergegeben.

**Rechte Spalte:** Es wird keine kurze Erläuterung zum Hintergrund der Änderung gegeben.

**Festlegungen (Ziele und Grundsätze)** sind **fett** gedruckt; bei den **Erläuterungen** sind jeweils nur die *Überschriften fett kursiv* gedruckt.

Entwurf - LEP Erneuerbare Energien vom 02. Juni 2023	Vorgeschlagene Änderungen nach Beteiligungsverfahren	Anmerkung
<b>Ziel 10.2-2 Vorranggebiete für die Windenergienutzung</b>		
<p>Für Nordrhein-Westfalen sind insgesamt mindestens 1,8 Prozent der Landesfläche planerisch für die Windenergie festzulegen. Dazu sind in den sechs Planungsregionen Bereiche für die Nutzung der Windenergie als Vorranggebiete in den Regionalplänen (Windenergiebereiche) in mindestens folgendem Umfang festzulegen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Planungsregion Arnsberg: 13.186 ha</i></li> <li>• <i>Planungsregion Detmold: 13.888 ha</i></li> <li>• <i>Planungsregion Düsseldorf: 4.151 ha</i></li> <li>• <i>Planungsregion Köln: 15.682 ha</i></li> <li>• <i>Planungsregion Münster: 12.670 ha</i></li> <li>• <i>Planungsregion des Regionalverbandes Ruhr: 2.036 ha</i></li> </ul> <p><i>Diese Vorranggebiete sind als Rotor-außerhalb-Flächen festzulegen.</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Planungsregion Arnsberg: 13 186 Hektar,</i></li> <li>• <i>Planungsregion Detmold: 13 888 Hektar,</i></li> <li>• <i>Planungsregion Düsseldorf: 4 151 Hektar,</i></li> <li>• <i>Planungsregion Köln: 15 682 Hektar,</i></li> <li>• <i>Planungsregion Münster: 12 670 Hektar,</i></li> <li>• <i>Planungsregion des Regionalverbandes Ruhr: 2 036 Hektar.</i></li> </ul>	<p>Redaktionelle Änderungen hinsichtlich Rechtsförmlichkeit</p>
<b>Zu 10.2-2 Vorranggebiete für Windenergiegebiete</b>	<b>Zu 10.2-2 Vorranggebiete für <i>die Windenergienutzung</i></b>	Redaktionelle Änderung zur Anpassung des Wortlauts der Erläuterung an die Formulierung des Ziels.
Der Bund hat mit dem Windflächenbedarfsgesetz (WindBG) den Ländern verbindliche Flächenziele für den Ausbau der Windenergie vorgegeben. Nordrhein-Westfalen soll danach bis	Nordrhein-Westfalen soll danach bis spätestens 2032 1,8 <i>Prozent (61 402</i>	Redaktionelle Änderungen hinsichtlich Rechtsförmlichkeit

Entwurf - LEP Erneuerbare Energien vom 02. Juni 2023	Vorgeschlagene Änderungen nach Beteiligungsverfahren	Anmerkung
<p>spätestens 2032 1,8 % (61.402 ha) der Landesfläche für Windenergie planerisch sichern. Diese Flächensicherung ist aus Klimaschutzgründen und für eine bezahlbare Energieversorgung absolut erforderlich. Nordrhein-Westfalen verfolgt daher eine wesentlich kürzere Umsetzungsfrist (siehe Grundsatz 10.2-5).</p> <p>Die verbindliche, räumliche Flächenfestlegung erfolgt in Nordrhein-Westfalen in den Regionalplänen der sechs Planungsregionen als Windenergiebereiche. Der Terminus „Windenergiebereiche“ entspricht der nordrhein-westfälischen Systematik. Diese „Windenergiebereiche“ entsprechen den „Windenergiegebieten“ aus der Gesetzessprache des Wind-an-Land-Gesetz des Bundes,</p> <p>Das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW hat im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie eine Flächenanalyse durchgeführt und im LANUV-Fachbericht 142 Flächenanalyse Windenergie Nordrhein-Westfalen veröffentlicht.</p> <p>Die Potenziale für die Nutzung der Windenergie sind in den Planungsgebieten Nordrhein-Westfalens naturräumlich sehr unterschiedlich. Bei der Verteilung auf die Planungsregionen sind zunächst die landesweiten Flächenpotenziale nach naturräumlichen, siedlungsstrukturellen und windenergie-technischen Restriktionen ermittelt worden. Die Obergrenze des Flächenpotenzials je Gemeinde wurde auf maximal 15 % der Gemeindefläche festgelegt, um einzelne Gemeinden nicht übermäßig zu</p>	<p><i>Hektar</i>) der Landesfläche für Windenergie planerisch sichern.</p> <p>Das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW (<i>LANUV</i>)</p> <p><i>Im Rahmen der Flächenstudie wurde rechnerisch eine</i> Obergrenze des Flächenpotenzials je Gemeinde auf</p>	<p>Rechtsförmlichkeit</p> <p>Redaktionelle Änderung (Sehr weit verbreitetes Missverständnis in den Stellungnahmen, dass die Obergrenze als Ziel der Raumordnung festgelegt wird).</p>

Entwurf - LEP Erneuerbare Energien vom 02. Juni 2023	Vorgeschlagene Änderungen nach Beteiligungsverfahren	Anmerkung
<p>belasten (vgl. Grundsatz 10.2-11). Dieser Wert von 15 % wird als Obergrenze angehalten, da die Bereitstellung entsprechender Flächenanteile für viele Gemeinden eine große Herausforderung darstellt. Um eine Umzingelung von Ortslagen in Gemeinden mit überdurchschnittlichen Potenzialen zu vermeiden und verbleibende kommunale Planungsspielräume zu erhalten, wird daher auf Basis der Flächenanalyse dieser Wert festgelegt. Diese rechnerische Obergrenze entspricht zudem der in NRW tatsächlich vorhandenen maximalen Ausdehnung kommunaler Konzentrationszonen.</p> <p>Gesondert wird zudem das Windenergiepotenzial in nicht fachrechtlich geschützten Teilflächen der regionalplanerischen „Bereiche zum Schutz der Natur“ aufgezeigt. Der planerische Spielraum der Regionen wird insoweit erweitert (siehe Ziel 10.2-8). Auch wird im Landesentwicklungsplan durch eine geeignete Festlegung auf das grundsätzlich zur Verfügung stehende Windenergiepotential in Gewerbe- und Industriegebieten, arrondierend zu gewerblichen und industriellen Nutzungen, hingewiesen. Eine „gerechte Verteilung“ der Ausbauziele für die Windenergie auf die Planungsregionen muss diese unterschiedlichen Windenergiepotenziale ebenso berücksichtigen wie die Flächengrößen der Planungsregionen. Zentral für die Abwägung ist neben den Potenzialen die Berücksichtigung der bestehenden regionalen und kommunalen Flächenausweisungen. So besitzen derzeit die beiden Planungsregionen mit den absolut höchsten Potenzialen (Arnsberg und Köln)</p>	<p>maximal 15 <i>Prozent</i> der Gemeindefläche <i>angesetzt</i>, um einzelne Gemeinden nicht übermäßig zu belasten (<i>vergleiche</i> Grundsatz 10.2-11). Dieser Wert von 15 <i>Prozent</i> wird als Obergrenze angehalten, da die Bereitstellung entsprechender Flächenanteile für viele Gemeinden eine große Herausforderung darstellt. Um eine Umzingelung von Ortslagen in Gemeinden mit überdurchschnittlichen Potenzialen zu vermeiden und verbleibende kommunale Planungsspielräume zu erhalten, wird daher auf Basis der Flächenanalyse dieser Wert <i>angesetzt</i>.</p> <p>Diese rechnerische Obergrenze entspricht zudem der in NRW tatsächlich vorhandenen maximalen Ausdehnung kommunaler Konzentrationszonen. Gesondert wird zudem das Windenergiepotenzial in nicht fachrechtlich geschützten Teilflächen der regionalplanerischen „Bereiche <i>für den</i> Schutz der Natur“ aufgezeigt.</p> <p>Auch wird im Landesentwicklungsplan durch eine geeignete Festlegung auf das grundsätzlich zur Verfügung stehende Windenergiepotential in Gewerbe- und Industriegebieten, arrondierend zu gewerblichen und industriellen Nutzungen, <i>hingewiesen</i>.</p>	<p>Rechtsförmlichkeit</p> <p>Redaktionell.</p>

Entwurf - LEP Erneuerbare Energien vom 02. Juni 2023	Vorgeschlagene Änderungen nach Beteiligungsverfahren	Anmerkung
<p>anteilig den geringsten Anteil ihres Potenzials in bereits ausgewiesenen Flächen (kommunale Windkonzentrationszonen oder regional ausgewiesene Flächen). Dies ist zu berücksichtigen, um ein angemessenes Verhältnis zwischen den ausgewiesenen Flächen und den raumstrukturellen Potenzialen und anderen Raumfunktionen zu erreichen. Daher wird von einer rein potenzialorientierten Verteilung abgewichen. Für die Flächenverteilung wird zunächst auf die Ableitung der Flächenziele im Rahmen des WindBG zurückgegriffen. Die Obergrenze des WindBG soll in der Abwägung berücksichtigt werden, indem eine Deckelung auf 2,2 % der Fläche der Planungsregionen eingeführt wird. Dieses Vorgehen ist sachgerecht, da es im Vergleich zu einer bundesweiten Umsetzung des WindBG ausschließt, dass Planungsregionen in NRW einen größeren Anteil ihrer Fläche für die Windenergie ausweisen müssen, als dies in Gebieten der Bundesrepublik mit größeren tatsächlichen Potenzialen der Fall sein wird. Gleichzeitig muss ein zusätzliches Kriterium eingeführt werden, da eine konsequente Verteilung nach 2,2 % der Planungsfläche bedeuten würde, dass die Region Düsseldorf und der Regionalverband Ruhr (RVR) ihre Teilflächenziele auf Basis der Potenzialstudie nicht umsetzen könnten. In Ermangelung eines alternativen objektiven Maßstabs für die Berücksichtigung der Potenziale für die übrigen abzuwägenden Belange der Raumordnung wurde eine Annäherung vorgenommen, die es erlaubt, eine möglichst plausible Obergrenze für die Nutzung der Flächenpotenziale zu identifizieren und zu</p>	<p>Für die Flächenverteilung wird zunächst auf die Ableitung der Flächenziele im Rahmen des WindBG zurückgegriffen. <i>Dies</i> soll in der Abwägung berücksichtigt werden, indem eine Deckelung <i>anteilig</i> zur Fläche der Planungsregionen eingeführt wird.</p> <p>Gleichzeitig muss ein zusätzliches Kriterium eingeführt werden, <i>um sicherzustellen, dass die Planungsregionen ihre Teilflächenziele auf Basis der Potenzialstudie umsetzen können.</i></p>	<p>Anpassung der Herleitung der Flächenziele, da den Flächenzielen tatsächlich keine Deckelung von 2,2 % zu Grunde liegt.</p> <p>Anpassung der Herleitung der Flächenziele, da den Flächenzielen tatsächlich keine Deckelung von 2,2 % zu Grunde liegt.</p>

Entwurf - LEP Erneuerbare Energien vom 02. Juni 2023	Vorgeschlagene Änderungen nach Beteiligungsverfahren	Anmerkung
<p>einer sachgerechten Abwägung bei der Verteilung der Flächenziele zu gelangen. Auf Grund der sehr unterschiedlichen Siedlungsdichte innerhalb des Landes Nordrhein-Westfalen wird zusätzlich begrenzend eine Obergrenze von maximal 75 % der in der jeweiligen Planungsregion insgesamt zur Verfügung stehenden Windenergiepotentiale angehalten. Die Obergrenze von 75 % entspricht dem Ansatz, zumindest einen Planungsspielraum auf einem Viertel der Potenziale offen zu halten und gleichzeitig für alle Planungsregionen die Obergrenze von 2,2 % der Gesamtfläche nicht zu überschreiten. Zu beachten ist auch, dass durch die Restriktionen der Flächenanalyse bereits sichergestellt, dass eine Vorsorge für zentrale Belange des Siedlungsraums und der Rohstoffversorgung in den Regionen bereits sichergestellt ist.</p> <p>Die Kombination aus Begrenzung der Gesamtflächeninanspruchnahme für einige Planungsregionen und maximaler Begrenzung des Potenzials für andere Regionen erscheint insgesamt als planerisch angemessene Lösung, um die unterschiedlichen Strukturen des Raums, bereits vorhandene Flächen zur Nutzung der Windenergie sowie die übrigen Belange in einen sachgerechten Ausgleich zu bringen.</p> <p>Nach der Berechnungsmethode ergibt sich ein Überschuss von 211 ha. Dies entspricht anteilig 0,3 % des zu erbringenden Flächenbeitragswertes nach WindBG und ist damit geringfügig. Der Überhang ist in seiner geringen Größe vertretbar und stellt zudem eine Möglichkeit dar, den Flächenbeitrags wert nach WindBG bei geringfügigen</p>	<p>Die Obergrenze von 75 <i>Prozent</i> entspricht dem Ansatz, zumindest einen Planungsspielraum auf einem Viertel der Potenziale offen zu halten. <i>Aus diesem Ansatz ergeben sich die Teilflächenziele dann rechnerisch.</i></p> <p>Nach der Berechnungsmethode ergibt sich ein Überschuss von 211 <i>Hektar</i>. Dies entspricht anteilig 0,3 <i>Prozent</i> des zu erbringenden Flächenbeitragswertes nach WindBG und ist damit geringfügig.</p>	<p>Rechtsförmlichkeit</p> <p>Anpassung der Herleitung der Flächenziele, da den Flächenzielen tatsächlich keine Deckelung von 2,2 % zu Grunde liegt.</p> <p>Rechtsförmlichkeit</p>

Entwurf - LEP Erneuerbare Energien vom 02. Juni 2023	Vorgeschlagene Änderungen nach Beteiligungsverfahren	Anmerkung
<p>Umsetzungsschwierigkeiten in den Planungsregionen zu erreichen. Analog zur bundesgesetzlich im Wind-an-Land-Gesetz eröffneten Möglichkeit zur Umverteilung von Flächenzielen zwischen den Bundesländern ist auch hier landesseitig im Verhältnis der 6 Planungsregionen untereinander auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Ein Flächenüberhang in einer Planungsregion könnte grundsätzlich geeignet sein, eine Verminderung des Flächenumfangs in anderen Planungsregionen zu begründen. Das landesplanerische Instrument der Zielabweichung mit seiner Voraussetzung, dass die Grundzüge der Planung gewahrt sein müssen, kann hierfür genutzt werden. Im Rahmen eines solchen Verfahrens könnte eine sachgerechte Ausgestaltung einer solchen Umverteilung festgelegt und auch landesseitig über die Zielabweichung entschieden werden.</p>	<p>landesseitig im Verhältnis der <i>sechs</i> Planungsregionen untereinander</p> <p><i>Bei der Planung von Vorranggebieten für Windenergie ist der Grundsatz 8.2-1 zu berücksichtigen. Danach sollen Transportfernleitungen bedarfsgerecht ausgebaut und in Leitungsbändern flächensparend und gebündelt geführt und an bereits vorhandene Bandinfrastrukturen im Raum angelehnt werden. Dazu wird es in aller Regel sinnvoll sein, sofern raumstrukturell möglich, den Bereich parallel zu vorhandenen raumbedeutsamen ober- und unterirdischen Transportfernleitungen durch einen Puffer freizuhalten, der es ermöglicht, Leitungen von der Flächenausdehnung her (inklusive</i></p>	<p>Notwendige Klarstellungen zur Vereinbarkeit des Netzausbaus mit dem Ausbau der Windenergie.</p>

Entwurf - LEP Erneuerbare Energien vom 02. Juni 2023	Vorgeschlagene Änderungen nach Beteiligungsverfahren	Anmerkung
	<p><i>zwingend erforderlichem Sicherheitspuffer) ein weiteres Mal in separater Lage dort unterzubringen.</i></p> <p><i>Zur Umsetzung von Grundsatz 8.2-1 soll darüber hinaus bei der Festlegung von Windenergiebereichen die über die Bundesfachplanung festgelegten oder durch Raumordnungsverfahren beziehungsweise Raumverträglichkeitsprüfungen empfohlenen Trassenkorridore für raumbedeutsame ober- und unterirdische Transportfernleitungen berücksichtigt werden, dies insbesondere, wenn das förmliche Planfeststellungsverfahren bereits eingeleitet wurde. Umgekehrt sollen neue raumbedeutsame ober- und unterirdische Transportfernleitungen so geplant werden, dass in Aufstellung befindliche oder festgelegte Windenergiebereiche nicht tangiert werden.</i></p> <p><i>Trassenführungen durch festgelegte Windenergiebereiche sind nur möglich, wenn sie mit der Vorrangfunktion der Windenergiebereiche vereinbar sind. In Aufstellung befindliche Windenergiebereiche sind bei den Trassenführungen zu berücksichtigen. In Bezug auf die Vereinbarkeit von Windenergiegebieten wird drauf hingewiesen, dass Windenergieanlagen auf Grund von Nachlaufturbulenzen technisch bedingte Mindestabstände zu anderen Windenergieanlagen aufweisen. Für Transportleitungen, für die es keine</i></p>	



Entwurf - LEP Erneuerbare Energien vom 02. Juni 2023	Vorgeschlagene Änderungen nach Beteiligungsverfahren	Anmerkung
	<p><i>ernsthaft in Betracht kommenden alternativen Trassenführungen um einen in Aufstellung befindlichen oder festgelegten Windenergiebereich gibt, ist eine Einzelfallprüfung im Hinblick auf den Einklang mit der Vorrangfunktion des Windenergiebereichs erforderlich. Wenn die Einzelfallprüfung keine Vereinbarkeit ergibt, kommt für die beschriebenen Fallkonstellationen ein Zielabweichungsverfahren oder eine Regionalplanänderung in Betracht. Es wird davon ausgegangen, dass im Falle einer Vereinbarkeit der Trassenplanung mit dem Windenergiebereich der Flächenbeitragswert angerechnet wird. Im Rahmen des Zielabweichungsverfahrens wäre unter anderem nachzuweisen, dass die Erreichung des Flächenbeitragswertes nicht in Frage gestellt wird (weiterhin hinreichend Flächen ausgewiesen sind). Im Rahmen des Regionalplanänderungsverfahrens müssten für den Flächenbeitragswert ggf. verlorene Flächen andernorts neu ausgewiesen werden. Auf Ziel 10.2-10 wird in diesem Zusammenhang verwiesen.</i></p>	
<p><b>Grundsatz 10.2-3 Abstand von Bereichen/Flächen für Windenergieanlagen</b></p>		
<p><b>Bei der planerischen Steuerung von Windenergieanlagen in Regionalplänen und in kommunalen Flächennutzungsplänen soll zu Allgemeinen Siedlungsbereichen und zu Wohnbauflächen den örtlichen Verhältnissen angemessen ein planerischer Vorsorgeabstand eingehalten werden; hierbei ist ein Abstand von 1500 Metern zu allgemeinen und reinen Wohngebieten</b></p>		

Entwurf - LEP Erneuerbare Energien vom 02. Juni 2023	Vorgeschlagene Änderungen nach Beteiligungsverfahren	Anmerkung
<del>vorzusehen. Dies gilt nicht für den Ersatz von Altanlagen (Repowering).</del>		
<b>Ziel 10.2-3 Unvereinbarkeit von Höhenbeschränkungen mit Windenergiebereichen</b>		
<b>Mit den nach Ziel 10.2-2 festgelegten Windenergiebereichen sind Höhenbeschränkungen nicht vereinbar.</b>		
<b>Zu 10.2-3 Unvereinbarkeit von Höhenbeschränkungen mit Windenergiebereichen</b>		
Nach § 4 Abs. 1 WindBG sind Flächen, die in Plänen ausgewiesen werden, die nach dem 1. Februar 2023 wirksam geworden sind und Bestimmungen zur Höhe baulicher Anlagen enthalten, nicht anzurechnen. Die regionalplanerischen Windenergiegebiete sind daher ohne Höhenbeschränkung festzulegen.	Nach § 4 Absatz 1 WindBG [...]  Die regionalplanerischen Windenergie <b>bereiche</b> sind daher ohne Höhenbeschränkung festzulegen.	Rechtsförmlichkeit  Redaktionelle Änderung zur Anpassung des Wortlauts der Erläuterung an die Formulierung des Ziels.
<b>Grundsatz 10.2-5 Landes- und Regionalplanänderungen parallel durchführen und abschließen</b>		
<b>Die Regionalplanverfahren zur Festlegung der Flächenziele sollen parallel zur Änderung des Landesentwicklungsplans geführt werden. Insbesondere soll die Durchführung des Beteiligungsverfahrens nach § 9 Abs. 2 ROG bereits 2024 abgeschlossen sein, um die Rechtsfolgen des §245 e Abs. 4 BauGB bereits in 2024 zu ermöglichen. 2025 sollen die Verfahren abgeschlossen sein.</b>	<b>Beteiligungsverfahrens nach § 9 Absatz. 2 ROG bereits im Jahr 2024 abgeschlossen sein, um die Rechtsfolgen des §245 e Absatz 4 BauGB bereits im Jahr 2024 zu ermöglichen. Im Jahr 2025 sollen die Verfahren abgeschlossen sein.</b>	Rechtsförmlichkeit

Entwurf - LEP Erneuerbare Energien vom 02. Juni 2023	Vorgeschlagene Änderungen nach Beteiligungsverfahren	Anmerkung
<p>Zu 10.2-5  <b>Landesentwicklungsplanänderung und Regionalplanänderungen parallel durchführen und abschließen</b></p>	<p>Zu 10.2-5 <b>Landes- und Regionalplanänderungen parallel durchführen und abschließen</b></p>	<p>Redaktionelle Änderung zur Anpassung des Wortlauts der Erläuterung an die Formulierung des Grundsatzes.</p>
<p>Die sich verschärfende Klima- und Energiekrise erfordert einen beschleunigten Umbau der Energieversorgung weg von fossilen Energieträgern hin zu erneuerbaren Energien. Nordrhein-Westfalen verfolgt das Ziel, das erste klimaneutrale Industrieland in Europa zu werden. Dies kann - gerade auch im Hinblick auf die Bedeutung der energieintensiven Industrie - nur mit einem deutlich beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien und insbesondere der Windenergie gelingen. Die von der Bundesregierung im WindBG gesetzten Fristen sollen daher in Nordrhein-Westfalen deutlich unterschritten werden. Im Sinne einer zügigen Umsetzung sollen daher die entsprechenden Planverfahren auf Landes- und Regionalebene weitgehend parallel durchgeführt werden. Die Regionalräte werden gebeten, dies in ihren Zeitplänen für die Regionalentwicklung zu berücksichtigen. § 245 e Abs. 4 BauGB eröffnet die Möglichkeit einer Genehmigung bereits nach Durchführung des Beteiligungsverfahrens, wenn anzunehmen ist, dass das Vorhaben den künftigen Ausweisungen des Plans entspricht. Im Sinne eines zügigen Ausbaus der Windenergie soll diese Möglichkeit in den Regionalplanverfahren bereits ab 2024 eröffnet werden. Die Regionalplanverfahren sollen zudem bereits im Jahr 2025 abgeschlossen sein.</p>	<p>§ 245 e Absatz 4 BauGB eröffnet die Möglichkeit [...]</p> <p>[...] bereits <b>ab dem Jahr 2024</b> [...]</p>	<p>Rechtsförmlichkeit</p>
<p><b>Ziel 10.2-6 Windenergienutzung in Waldbereichen</b></p>		

Entwurf - LEP Erneuerbare Energien vom 02. Juni 2023	Vorgeschlagene Änderungen nach Beteiligungsverfahren	Anmerkung
<p><b>Regionalplanerisch festgelegte Waldbereiche können für die Windenergienutzung in Anspruch genommen werden, sofern es sich um Nadelwald handelt. Ausgenommen hiervon sind Naturschutzgebiete, Nationalparke, Nationale Naturmonumente, Naturwaldzellen sowie Natura 2000-Gebiete.</b></p>	<p>[...] Ausgenommen hiervon sind Naturschutzgebiete, Nationalparke, Nationale Naturmonumente, Naturwaldzellen, <b>Wildnisentwicklungsgebiete</b> sowie Natura 2000-Gebiete.</p>	<p>Wildnisentwicklungsgebiete sind gem. § 40 LNatSchG ausgewiesen und als Naturschutzgebiete nach § 23 BNatSchG geschützt.</p> <p>Zur Klarstellung werden Wildnisentwicklungsgebiete in der Zielformulierung nun ergänzt.</p>
<p><b>Zu 10.2-6 Windenergienutzung in Waldbereichen</b></p>		
<p>Die Festlegung des Ziels 10.2-6 eröffnet den Regionalplanungsbehörden die Möglichkeit, bei der Festlegung von Windenergiebereichen unter den im Ziel genannten Voraussetzungen auch Nadelwaldflächen in Anspruch zu nehmen (überlagernd festzusetzen). Damit soll die Umsetzung des Ziels 10.2-2 bzw. der im Windflächenbedarfsgesetz (WindBG) des Bundes den Ländern verbindlich vorgegebenen Flächenziele für den Ausbau der Windenergie ermöglicht bzw. erleichtert werden.</p> <p>Mit der möglichen Inanspruchnahme von Nadelwaldflächen für die Festlegung von Windenergiebereichen wird § 2 EEG Rechnung getragen, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Nutzung der erneuerbaren Energien sowie der dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen. Die erneuerbaren Energien sollen insoweit in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen als vorrangiger Belang eingebracht werden, bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist.</p>	<p>Damit soll die Umsetzung des Ziels 10.2-2 <b>beziehungsweise</b> der im Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) des Bundes den Ländern verbindlich vorgegebenen Flächenziele für den Ausbau der Windenergie ermöglicht <b>beziehungsweise</b> erleichtert werden</p> <p>Mit Öffnung von rund 340.000 <b>Hektar</b> Nadelwald einschl. der darin vorhandenen Kalamitätsflächen, die bisher bereits etwa</p>	<p>Redaktionell</p> <p>Redaktionell</p>

Entwurf - LEP Erneuerbare Energien vom 02. Juni 2023	Vorgeschlagene Änderungen nach Beteiligungsverfahren	Anmerkung
<p>Mit Öffnung von rund 340.000 ha Nadelwald einschl. der darin vorhandenen Kalamitätsflächen, die bisher bereits etwa ein Drittel der insgesamt durch das LANUV ermittelte Potentialfläche für die Windenergienutzung umfassen bilden die Nadelholzflächen und Kalamitätsflächen in Nordrhein-Westfalen ein erhebliches Potential für den Ausbau der Windenergie, ohne welches die Flächenausbauziele des Landes Nordrhein-Westfalen nicht zu erreichen wären. Auf der Grundlage der durch das LANUV erarbeiteten Flächenanalyse Windenergie NRW ist eine Inanspruchnahme von Nadelwaldflächen bei der Festlegung der konkreten Windenergiebereiche in den Regionalplänen daher zwingend erforderlich, um eine gerechte Verteilung der Flächenbeitragswerte für die Windenergienutzung zu gewährleisten. Bei Nadelwaldflächen handelt es sich um einen von Nadelbaumarten geprägten Hauptbestand. Dieser besteht aus einer oder mehreren Hauptbaumarten, auf welche die Bewirtschaftung des Bestands vorrangig abgestellt ist und die produktionsbestimmend sind. Für Nadelwaldflächen sind Bestockungsanteile von mehr als 50 Prozent an Nadelbaumarten bezogen auf die Grundfläche eines Bestandes bestimmend. Zur aktuellen Bestockung sowie zur Klärung der Abgrenzung von Nadelwaldflächen gegenüber Laub- und Laubmischwäldern ist die untere Forstbehörde anzuhören.</p>	<p>ein Drittel der insgesamt durch das LANUV ermittelte Potentialfläche für die Windenergienutzung umfassen bilden die Nadelwaldflächen und Kalamitätsflächen in Nordrhein-Westfalen ein erhebliches Potential für den Ausbau der Windenergie, ohne welches die Flächenausbauziele des Landes Nordrhein-Westfalen nicht zu erreichen wären</p> <p>Auf der Grundlage der durch das LANUV erarbeiteten Flächenanalyse Windenergie NRW ist eine Inanspruchnahme von Nadelwaldflächen bei der Festlegung der konkreten Windenergiebereiche in den Regionalplänen daher zwingend erforderlich, um eine gerechte Verteilung der Flächenbeitragswerte für die Windenergienutzung zu gewährleisten. <i>Nadelwaldflächen sind Wälder, in denen Nadelbäume die vorherrschende Baumart bilden und deren Bewirtschaftung hauptsächlich auf die Nutzung dieser Nadelbaumarten ausgerichtet ist.</i> Für Nadelwaldflächen sind Bestockungsanteile von mehr als 50 Prozent an Nadelbaumarten bezogen auf die Grundfläche eines Bestandes bestimmend. Zur aktuellen Bestockung sowie zur Klärung der Abgrenzung von Nadelwaldflächen gegenüber Laub- und Laubmischwäldern ist die untere Forstbehörde anzuhören. Bei Nadelwaldflächen handelt es sich um einen von Nadelbaumarten geprägten Hauptbestand. Dieser besteht aus einer oder mehreren Hauptbaumarten, auf welche die Bewirtschaftung des Bestands vorrangig abgestellt ist und die</p>	<p>Die Anpassung der Definition des Nadelwalds wird vor dem Hintergrund der Stellungnahmen vorgenommen. Die geöffnete Flächenkulisse (auch im Vergleich zur Flächenanalyse Wind) wird damit nicht erheblich geändert.</p>

Entwurf - LEP Erneuerbare Energien vom 02. Juni 2023	Vorgeschlagene Änderungen nach Beteiligungsverfahren	Anmerkung
<p>Die ab dem Jahr 2007 bzw. seit 2018 auf Kalamitätsflächen mit Laubholz entstandenen Naturverjüngungen oder durchgeführten Wiederaufforstungsmaßnahmen fallen nicht unter den Begriff des Laub- und Mischwaldes, da diese Flächen hinsichtlich ihrer Bestockung erst bis zum Jahr 2027 bzw. 2032 in den planerischen Schutz der Laubwälder hineinwachsen.</p> <p>Weiterhin wird im Rahmen der Schutzgutabwägung die Festlegung von Windenergiegebieten auf Nadelwaldflächen ausgeschlossen, soweit diese Flächen in Naturschutzgebieten, Nationalparks,</p>	<p><del>produktionsbestimmend sind.</del> <i>Für die Identifikation von Nadelwaldflächen können zum Zeitpunkt der Planung aktuelle Daten der Landvermessung (Geobasis.NRW) zur Landbedeckung herangezogen werden, die zwischen in Nadel- und Laubwald unterscheiden. Zur Prüfung der Eignung der ausgewiesenen Windenergiebereiche auf Nadelwaldflächen wird auf § 13 LPIG in Verbindung mit § 9 ROG und somit auf die zu erfolgende frühzeitige Unterrichtung und Aufforderung an die unteren Forstbehörden, für die Abwägung zweckdienliche Informationen zur Verfügung zu stellen, verwiesen.</i></p> <p><i>Die ab dem Jahr 2007 beziehungsweise seit dem Jahr 2018 auf Kalamitätsflächen mit Laubholz entstandenen Naturverjüngungen oder durchgeführten Wiederaufforstungsmaßnahmen fallen derzeit nicht unter den planerischen Schutz von Laubwald. Da im Regelfall nach 20 Jahren das Mischungsverhältnis eines Waldbestandes konsolidiert ist, gilt der planerische Schutz für diese Laubwälder ab dem Jahr 2027 beziehungsweise ab dem Jahr 2038.</i></p> <p>die Festlegung von <i>Windenergiebereichen</i> auf Nadelwaldflächen ausgeschlossen,</p>	<p>Klarstellung des Verfahrens</p> <p>Anregung von Wald und Holz sowie Berichtigung eines Rechenfehlers.</p> <p>Redaktionell</p>

<b>Entwurf - LEP Erneuerbare Energien vom 02. Juni 2023</b>	<b>Vorgeschlagene Änderungen nach Beteiligungsverfahren</b>	<b>Anmerkung</b>
<p>Nationalen Naturmonumenten, Naturwaldzellen, Wildnisentwicklungsgebieten und Natura 2000-Gebieten liegen. Nadelholzflächen innerhalb dieser Schutzgebiete können ein großes Biotoppotential haben oder der Entwicklung eines entsprechenden Biotoppotentials dienen. Auch das Ziel eines zügigen Ausbaus der Windenergienutzung spricht gegen eine Inanspruchnahme von Nadelwaldflächen in Naturschutzgebieten, Nationalparks, nationalen Naturmonumenten und Natura 2000 Gebieten, da ein verfahrensbeschleunigter Ausbau der Windenergie EU- und bundesrechtlich allein außerhalb der vorgenannten Gebiete im Rahmen sogenannter „Beschleunigungsgebiete gemäß RED III“ möglich ist.</p> <p>Ebenso kommen Naturwaldzellen aufgrund ihres wissenschaftlich langfristig angelegten Schutzzweckes nicht für die Festlegung von Windenergiegebieten in Betracht. Seit dem Jahr 1971 wurde in Nordrhein-Westfalen ein Netzwerk von 75 überwiegend kleinräumigen Naturwaldzellen ausgewiesen, in denen die natürlichen Lebensabläufe unserer Wälder ungestört bleiben und erforscht werden. Eine entsprechende Inanspruchnahme von Nadelwaldflächen ist auch im Rahmen der kommunalen Planung von Flächen für Windenergienutzung möglich.</p>	<p>Ebenso kommen Naturwaldzellen aufgrund ihres wissenschaftlich langfristig angelegten Schutzzweckes nicht für die Festlegung von <i>Windenergiebereichen</i> in Betracht.</p>	<p>Redaktionell</p>
<p><b>Grundsatz 10.2-7 Windenergienutzung in waldarmen Gemeinden</b></p>		
<p><b><i>In waldarmen Gemeinden (unter 20% Waldanteil im Gemeindegebiet) soll in den regionalplanerisch festgelegten</i></b></p>	<p><b><i>In waldarmen Gemeinden (unter 20 Prozent Waldanteil im Gemeindegebiet) soll in den regionalplanerisch festgelegten Waldbereichen auf die</i></b></p>	<p>Rechtsförmlichkeit</p>

Entwurf - LEP Erneuerbare Energien vom 02. Juni 2023	Vorgeschlagene Änderungen nach Beteiligungsverfahren	Anmerkung
<i>Waldbereichen auf die Festlegung von Windenergiegebieten verzichtet werden.</i>	<i>Festlegung von <b>Windenergiebereiche</b> verzichtet werden</i>	Konsistente Ansprache der Regionalplanung
<i>Zu 10.2-7 Windenergienutzung in waldarmen Gemeinden</i>		
In waldarmen Gemeinden kommt nicht nur dem Laub- und Laubmischwald, sondern auch dem Nadelwald eine hervorgehobene Bedeutung für den Freiraum, die Waldfunktionen, den Erhalt der biologischen Vielfalt und den Biotopverbund zu. Daher sind regionalplanerisch ausgewiesene Waldbereiche in waldarmen Gemeinden (unter 20% Waldanteil) von der Festlegung als Windenergiegebiete freizuhalten, soweit planerisch vertretbar.	Daher sind regionalplanerisch ausgewiesene Waldbereiche in waldarmen Gemeinden (unter 20 <b>Prozent</b> Waldanteil) von der Festlegung als <b>Windenergiebereiche</b> freizuhalten, soweit planerisch vertretbar	Rechtsförmlichkeit
<i>Ziel 10.2-8 Windenergienutzung in Bereichen für den Schutz der Natur</i>		
<i>Abweichend von den Zielen 7.2-2 und 7.2-3 dürfen Vorranggebiete für die Windenergienutzung auch in Bereichen für den Schutz der Natur festgelegt werden, soweit es sich dabei nicht um Natura 2000-Gebiete, Naturschutzgebiete, Nationale Naturmonumente oder Nationalparke handelt.</i>	<i>[...] soweit es sich dabei nicht um <b>Naturschutzgebiete, Nationalparke, Nationale Naturmonumente sowie Natura 2000-Gebiete</b> handelt.</i>	Harmonisierung der Auflistung innerhalb der LEP Änderung
<i>Zu 10.2-8 Windenergienutzung in Bereichen für den Schutz der Natur</i>		
Die Festlegung des Ziels 10.2-8 eröffnet den Regionalplanungsbehörden die Möglichkeit, bei der Festlegung von Windenergiebereichen abweichend von den Zielen 7.2-2 und 7.2-3 unter den im Ziel genannten Voraussetzungen auch Flächen innerhalb der regionalplanerisch	Die Festlegung des Ziels 10.2-8 eröffnet <i>den regionalen Planungsträgern (nicht der kommunalen Bauleitplanung)</i> die Möglichkeit, bei der Festlegung von Windenergiebereichen abweichend von den Zielen 7.2-2 und 7.2-3 unter den im Ziel	Klarstellung des Regelungsgehalts.



Entwurf - LEP Erneuerbare Energien vom 02. Juni 2023	Vorgeschlagene Änderungen nach Beteiligungsverfahren	Anmerkung
<p>festgelegten Bereiche zum Schutz der Natur (BSN) in Anspruch zu nehmen.</p> <p>Damit soll die Umsetzung des Ziels 10.2-2 bzw. der im Windflächenbedarfsgesetz (WindBG) des Bundes den Ländern verbindlich vorgegebenen Flächenziele für den Ausbau der Windenergie ermöglicht bzw. erleichtert werden.</p> <p>Mit der teilweisen Öffnung der BSN für die Festlegung von Windenergiegebieten wird § 2 EEG Rechnung getragen, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Nutzung der erneuerbaren Energien sowie der dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen. Die erneuerbaren Energien sollen insoweit in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen als vorrangiger Belang eingebracht werden, bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist.</p> <p>Auf der Grundlage der durch das LANUV erarbeiteten Flächenanalyse Windenergie NRW wird davon ausgegangen, dass die Möglichkeit der Bereichsfestlegung in BSN die planerischen Spielräume für die Regionen sinnvoll erweitert, durch eine Inanspruchnahme von Teilflächen in BSN. Im Rahmen der Schutzgutabwägung wird die Festlegung von Windenergiegebieten in Naturschutzgebieten, Nationalparks, Nationalen Naturmonumenten und Natura 2000-Gebieten allerdings ausgeschlossen.</p>	<p>genannten Voraussetzungen auch Flächen innerhalb der regionalplanerisch festgelegten Bereiche <i>für den</i> Schutz der Natur (BSN) in Anspruch zu nehmen.</p> <p>Damit soll die Umsetzung des Ziels 10.2-2 <i>beziehungsweise</i> der im Windflächenbedarfsgesetz (WindBG) des Bundes den Ländern verbindlich vorgegebenen Flächenziele für den Ausbau der Windenergie ermöglicht <i>beziehungsweise</i> erleichtert werden.</p> <p>Mit der teilweisen Öffnung der BSN für die Festlegung von Windenergie<i>bereichen</i> wird § 2 EEG Rechnung getragen</p> <p>[...] Festlegung von <i>Windenergiebereichen</i></p>	<p>Redaktionelle Änderungen/Rechtsförmlichkeit</p> <p>Konsistente Ansprache der Regionalplanung</p>

<b>Entwurf - LEP Erneuerbare Energien vom 02. Juni 2023</b>	<b>Vorgeschlagene Änderungen nach Beteiligungsverfahren</b>	<b>Anmerkung</b>
<p>Auch das Ziel eines zügigen Ausbaus der Windenergienutzung spricht gegen eine Inanspruchnahme von Naturschutzgebieten, Nationalparks, Nationalen Naturmonumenten und Natura 2000 Gebieten, da ein verfahrensbeschleunigter Ausbau der Windenergie EU- und bundesrechtlich nur außerhalb der vorgenannten Gebiete im Rahmen sogenannter „Beschleunigungsgebiete gemäß RED III“ möglich ist.</p> <p>Bei der Festlegung konkreter Windenergiebereiche sollen die Regionalplanungsbehörden Flächen in BSN im Rahmen ihrer planerischen Konzeptionen und in Abwägung mit anderen naturschutzfachlichen Aspekten weiterhin möglichst nur dann in Anspruch nehmen, wenn die ökologischen Funktionen des betroffenen Bereichs, insbesondere die Funktion im landesweiten Biotopverbund, nicht erheblich beeinträchtigt wird.</p>		
<p><b>Grundsatz 10.2-9 Berücksichtigung bestehender Windenergiestandorte und kommunaler Windenergieplanungen</b></p>		
<p><b>Bei der Festlegung von Windenergiebereichen gemäß Ziel 10.2-2 sollen geeignete Windenergiestandorte und geeignete Windenergieplanungen der Kommunen berücksichtigt werden.</b></p>		
<p><b>Zu 10.2-9 Berücksichtigung bestehender Windenergiestandorte und kommunaler Windenergieplanungen</b></p>		
<p>Geeignete Windenergiestandorte und geeignete kommunale Planungen sind zu</p>		

<b>Entwurf - LEP Erneuerbare Energien vom 02. Juni 2023</b>	<b>Vorgeschlagene Änderungen nach Beteiligungsverfahren</b>	<b>Anmerkung</b>
<p>prüfen und in der Regionalplanung zu berücksichtigen.  Geeignet zur planerischen Übernahme in die Regionalpläne sind bestehende Windenergiestandorte und kommunale Windenergieplanungen wenn sie dauerhaft für eine Windenergienutzung zur Verfügung stehen. Dabei sind technologische Entwicklungen hin zu größeren Windenergieanlagen zu berücksichtigen.  Abstände unter 400 Metern zu Wohnbebauung sind bei bislang nicht genutzten kommunalen Flächenplanungen regelmäßig als ungeeignet anzusehen.  Bereits genutzte Standorte können begründet anders beurteilt werden. Dies gilt z.B. im Hinblick auf das Alter der Anlagen und die sich daraus ergebende Prognose für eine Restlaufzeit. Zusätzlich wird auch auf die Fortschreibungspflicht der Regionalplanfestlegungen für die Windenergie gemäß Ziel 10.2-10 zu verwiesen.  In der Regionalplanung kann dem konzeptionell durch unterschiedliche planerische Kriterien Rechnung getragen werden. Die Berücksichtigung bestehender Windenergiestandorte und kommunaler Planungen kann planerisch anders beurteilt werden als die Festlegungen weiterer, zusätzlicher Windenergiebereiche.</p>	<p>Dies gilt <b>zum Beispiel [...]</b></p> <p>Zusätzlich wird auch auf die Fortschreibungspflicht der Regionalplanfestlegungen für die Windenergie gemäß Ziel 10.2-10 <b>zu</b> verwiesen.</p>	<p>Rechtsförmlichkeit</p> <p>Redaktionell (streichen des Wortes „zu“)</p>
<p><b>Ziel 10.2-10 Monitoring der Windenergiebereiche</b></p>		
<p><b>Die Windenergiebereiche sind im Hinblick auf technische Entwicklungen und die Ausnutzbarkeit zur Energieerzeugung turnusmäßig zu prüfen und fortzuschreiben.</b></p>		

Entwurf - LEP Erneuerbare Energien vom 02. Juni 2023	Vorgeschlagene Änderungen nach Beteiligungsverfahren	Anmerkung
<b>Zu 10.2-10 Monitoring der Windenergiebereiche</b>		
<p>Technische Entwicklungen können die Anforderungen an dauerhaft nutzbare Flächen für die Windenergie erheblich verändern. Im Hinblick auf die erforderliche langfristige Sicherung einer klimaverträglichen Energieversorgung überprüft die Landesplanungsbehörde die Eignung der bestehenden Flächen regelmäßig. Dies beinhaltet auch die Evaluierung der Kriterien der Eignung von Flächen. Diese Evaluierung soll alle 5 Jahre erfolgen. Im Wege der Fortschreibung ist eine Streichung ungeeigneter Flächen und eine Neufestlegung geeigneter Windenergiebereiche in den Regionalplänen planerisch vorzusehen.</p>	<p>Diese Evaluierung soll alle <i>fünf</i> Jahre erfolgen.</p>	<p>Rechtsförmlichkeit</p>
<b>Grundsatz 10.2-11 Inanspruchnahme von Kommunen mit Windenergiebereichen</b>		
<b>Bei der regionalplanerischen Festlegung von Windenergiebereichen sind die Belange der betroffenen Kommunen besonders in den Blick zu nehmen.</b>		
<b>Zu 10.2-11 Inanspruchnahme von Kommunen mit Windenergiebereichen</b>		
<p>Einzelne Kommunen sollen möglichst nicht mit mehr 15% ihrer Fläche in die regionalplanerischen Windenergiebereiche einbezogen werden. Diese Obergrenze wird bereits bisher landesweit in den kommunalen Windenergieflächenplanungen als Obergrenze eingehalten. Diese kommunale Praxis soll im Hinblick auf das Vermeiden einer Überlastung und zur Gleichbehandlung der kommunalen Belange auch zukünftig als sinnvolle Orientierung für eine Obergrenze eingehalten werden.</p>	<p>möglichst nicht mit mehr <b>als 15 Prozent</b> ihrer</p>	<p>Rechtsförmlichkeit, Redaktionell (Wort „als“ eingefügt)</p>

Entwurf - LEP Erneuerbare Energien vom 02. Juni 2023	Vorgeschlagene Änderungen nach Beteiligungsverfahren	Anmerkung
Eine kommunale Flächenausweisung darüber hinaus ist davon unberührt.		
<b>Ziel 10.2-12 Windenergienutzung in Industrie- und Gewerbegebieten</b>		
<b><i>In Industrie- und Gewerbegebieten ist die Inanspruchnahme von geeigneten Flächen für die Windenergienutzung zu prüfen. Dabei ist die Windenergienutzung als eine arrondierende, den anderen gewerblichen und industriellen Nutzungen untergeordnete Nutzung zu ermöglichen, um gleichzeitig eine möglichst effiziente Flächennutzung sicherzustellen und eine weitere Ausweisung von Bereichen für gewerbliche und industrielle Nutzungen zu vermeiden.</i></b>		
<b>Zu 10.2-12 Windenergienutzung in Industrie- und Gewerbegebieten</b>		
Die Umstellung der Energieversorgung auf Erneuerbare Energien soll durch eine Integration von Windenergie in Industrie- und Gewerbegebieten erheblich unterstützt werden. Geeignete Flächen umfassen hier Abstandsflächen und arrondierende „Restflächen“. Diese sollen grundsätzlich hinsichtlich eines Ermöglichens der Windenergienutzung überprüft werden, um ein geeignetes Flächenangebot auf bereits vorbelasteten Flächen zu schaffen. In Frage kommen bereits bebaute bzw. für bauliche Zwecke rechtsverbindlich geplante Industrie- und Gewerbegebiete. Zudem unterstützt die Ausweisung von Windenergiebereichen in räumlicher Nähe zu Bereichen für gewerbliche und industrielle Nutzungen eine netzdienliche Stromerzeugung. Die Entwicklung dezentraler Versorgungsstrukturen als Beitrag zur	In Frage kommen bereits bebaute <b>beziehungsweise</b> für bauliche Zwecke rechtsverbindlich geplante Industrie- und Gewerbegebiete.	Rechtsförmlichkeit

<b>Entwurf - LEP Erneuerbare Energien vom 02. Juni 2023</b>	<b>Vorgeschlagene Änderungen nach Beteiligungsverfahren</b>	<b>Anmerkung</b>
<p>stärkeren Unabhängigkeit von zentralen Versorgungsstrukturen soll damit unterstützt werden. Eine klimaverträgliche Energieversorgung von Industrie- und Gewerbestandorten soll damit besonderes Gewicht erhalten.</p> <p>In der Bauleitplanung können sowohl einzelne Standorte festgelegt werden als auch grundlegende Erläuterungen zur Ermöglichung von Windenergieanlagen in der Begründung aufgenommen werden. In Betracht kommt auch eine Anpassung bestehender Bebauungspläne oder eine punktuelle Überplanung zur Ermöglichung der Windenergienutzung. Dabei sind die Regelungen des Planschadensrecht nach den §§ 39 ff. BauGB zu beachten.</p> <p>Mit der Öffnung von geeigneten Flächen für die Windenergie wird § 2 EEG Rechnung getragen, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Nutzung der erneuerbaren Energien sowie der dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen.</p>		
<p><b>Ziel 10.2-13 Steuerung der Windenergienutzung im Übergangszeitraum</b></p>		
<p><b>Der Zubau von Windenergieanlagen erfolgt in Nordrhein-Westfalen zukünftig in Windenergiebereichen gemäß Ziel 10.2-2 sowie auf Sonderbauflächen, in Sondergebieten und mit diesen vergleichbaren Ausweisungen in Flächennutzungsplänen und Bebauungsplänen. Die Träger der Regionalplanung sind gehalten, diese Windenergiebereiche im erforderlichen</b></p>	<p><b>Der Zubau von Windenergieanlagen erfolgt in Nordrhein-Westfalen zukünftig in Windenergiebereichen gemäß Ziel 10.2-2 sowie auf Sonderbauflächen, in Sondergebieten und mit diesen vergleichbaren Ausweisungen in Flächennutzungsplänen und Bebauungsplänen. Die Träger der Regionalplanung sind gemäß Grundsatz 10.2-5 gehalten, diese</b></p>	

Entwurf - LEP Erneuerbare Energien vom 02. Juni 2023	Vorgeschlagene Änderungen nach Beteiligungsverfahren	Anmerkung
<p><i>Umfang bis 2025 festzulegen.</i></p> <p><i>Bis zum Inkrafttreten der auf Grundlage des Landesentwicklungsplans in der Fassung vom XX. XX. 2023 angepassten jeweiligen Regionalplanung (Übergangszeitraum) erfolgt der Zubau von Windenergieanlagen auf den Flächen, die Regionalplanungsträger in ihren Planentwürfen vorsehen.</i></p> <p><i>Soweit solche Konzepte noch nicht vorliegen, sind große zusammenhängende für die Windenergie geeignete Flächen (Kernpotenzialflächen) für den Windenergieausbau zu nutzen. Diese Flächen eignen sich mangels raumordnungsrechtlicher Restriktion und der Möglichkeit zur Konzentration des Windenergieausbaus besonders zur planerischen Übernahme in die Regionalplanung.</i></p> <p><i>Außerhalb dieser Flächen widerspricht der Zubau in der Übergangszeit dem Steuerungsziel, soweit dieses nicht anderweitig gewahrt ist. Einem raumbedeutsamen Anlagenzubau außerhalb der vorbezeichneten Gebiete soll während des Übergangszeitraums im begründeten Einzelfall jeweils mit Maßnahmen des Raumordnungsrechts (§§ 12 des Raumordnungsgesetzes, 36 des Landesplanungsgesetzes Nordrhein-Westfalen) begegnet werden.</i></p>	<p><i>Windenergiebereiche im erforderlichen Umfang bis 2025 festzulegen.</i></p> <p><i>Bis zum Inkrafttreten der auf Grundlage des Landesentwicklungsplans in der Fassung vom [Datum Inkrafttreten dieser Verordnung] angepassten jeweiligen Regionalplanung (Übergangszeitraum) erfolgt der Zubau von Windenergieanlagen auf den Flächen, die Regionalplanungsträger in ihren Planentwürfen vorsehen.</i></p>	<p>Klarstellung des Regelungsgehalts.</p> <p>Rechtsförmlichkeit (gemeint ist damit die Rechtsverordnung zur 2. LEP-Änderung)</p>

Entwurf - LEP Erneuerbare Energien vom 02. Juni 2023	Vorgeschlagene Änderungen nach Beteiligungsverfahren	Anmerkung
	<i>jeweils mit Maßnahmen des Raumordnungsrechts (§§ 12 des <b>ROG</b>, 36 des <b>LPIG NRW</b>) begegnet werden.</i>	Rechtsförmlichkeit
<p><b>Zu 10.2-13 Steuerung der Windenergienutzung im Übergangszeitraum</b></p>		
<p>Bundesrechtlich wurde entschieden, den weiteren Windkraftausbau auch im Sinne des Außenbereichsschutzes planerisch gesteuert durchzuführen (BT-Drucksache 20/2355, S. 26; Drucksache 20/2355, S. 32). Hierdurch soll einem großräumig geplanten Ausgleich der Nutzungsinteressen der Vorzug vor kleinräumigen Einzelfallentscheidungen gegeben werden. In Nordrhein-Westfalen wird im Rahmen der Landesplanung diese Vorgabe insbesondere durch eine gerechte bzw. ausgewogene Verteilung der Ausbauziele auf die einzelnen Planungsregionen (Ziel 10.2-2), Vorgaben zur Austarierung der Ausbauziele mit naturschutzrechtlichen Belangen (Ziele 10.2-6, 10.2-7, 10.2-8, 10.2-9) und dem Grundsatz der Vermeidung übermäßiger Belastung einzelner Kommunen und deren Einwohnerinnen und Einwohner (Grundsatz 10.2-11) erreicht. Auf Ebene der Regionalplanung sind diese Vorgaben der Landesplanung durch den geeigneten Ausweis von Windenergiebereichen, in denen der Zubau künftig konzentriert sein wird (§ 249 Abs. 1 und 2 BauGB), umzusetzen.</p> <p>Bis zum Inkrafttreten der jeweiligen Regionalplanung erfordert der bundesrechtlich vorgegebene planerisch gesteuerte Windkraftausbau im Übergangszeitraum eine Lenkung des Ausbaus auf Flächen, für die auch in der neuen Regionalplanung eine</p>	<p>Vorgabe insbesondere durch eine gerechte <i>beziehungsweise</i> ausgewogene Verteilung der Ausbauziele [...]</p> <p>[...] in denen der Zubau künftig konzentriert sein wird (§ 249 Absatz 1 und 2 BauGB), umzusetzen.</p>	<p>Rechtsförmlichkeit</p> <p>Rechtsförmlichkeit</p>



Entwurf - LEP Erneuerbare Energien vom 02. Juni 2023	Vorgeschlagene Änderungen nach Beteiligungsverfahren	Anmerkung
<p>Ausweisung als Windenergiegebiete zu erwarten ist. Die Umsetzung der vorgenannten raumordnungsrechtlichen Ziele und der Schutz und wechselseitige Ausgleich der von ihnen adressierten Rechtsgüter, kann im Übergangszeitraum nur auf diese Weise gesichert werden (Plansicherung). Ein ungesteuerter Zubau von Windenergieanlagen im Übergangszeitraum würde sonst die planerischen Auswahlentscheidungen der regionalen Planungsträger ersetzen und letztlich eine erst später wirksame Steuerung über Regionalpläne obsolet machen.</p> <p>Nur so kann zudem gewährleistet werden, dass die Verfahren zur Aufstellung der Regionalpläne bis 2025 abgeschlossen werden können und nicht durch Umplanungsnotwendigkeiten im laufenden Verfahren aufgrund eines ungesteuerten Anlagenzubaus verzögert werden.</p> <p>Bis zum Inkrafttreten der auf Grundlage des Landesentwicklungsplans in der Fassung vom XX. XX. 2023 angepassten jeweiligen Regionalplanung (Übergangszeitraum) wird der Zubau von Windenergieanlagen auf die Flächen die Regionalplanungsträger in ihren Planentwürfen vorsehen gelenkt. Hierzu sind von Planungsträger beschlossen Plankonzepte, die die Flächenziel der Region sicherstellen, bereits vor dem formellen Aufstellungsbeschluss heranzuziehen.</p> <p>Soweit solche Konzepte noch nicht vorliegen, sind große zusammenhängende für die Windenergie geeignete Flächen (Kernpotenzialflächen bzw. „No-Regret-</p>	<p>[...] Regionalplanung eine Ausweisung als <i>Windenergiebereiche</i> zu erwarten ist.</p> <p>Bis zum Inkrafttreten der auf Grundlage des Landesentwicklungsplans in der Fassung vom [<i>Datum Inkrafttreten dieser Verordnung</i>] angepassten jeweiligen Regionalplanung (Übergangszeitraum) wird der Zubau von Windenergieanlagen auf die Flächen die Regionalplanungsträger in ihren Planentwürfen vorsehen gelenkt</p>	<p>Konsistente Ansprache der Regionalplanung</p> <p>Rechtsförmlichkeit (gemeint ist damit die Rechtsverordnung zur 2. LEP-Änderung)</p>

Entwurf - LEP Erneuerbare Energien vom 02. Juni 2023	Vorgeschlagene Änderungen nach Beteiligungsverfahren	Anmerkung
<p>Flächen) stattdessen für den Windenergieausbau mangels raumordnungsrechtlicher Restriktion herausragend geeignet. Dies sind in jeder Planungsregion die größten zusammenhängenden Windenergiepotenziale, bei denen im Hinblick auf die Eignung für die Windenergienutzung von einer Übernahme in die Plankonzepte auszugehen ist. Solche Bereiche werden in jeder Planungsregion anteilig zu den von der Landesregierung vorgegebenen Teilflächenzielen in einem Umfang herangezogen, dass die Zielmarke von 200 Anlagen pro Jahr auch bereits in 2023 auf insgesamt 9000 ha sicher ermöglicht wird. Dabei sind die LEP-Festlegungen 10.2-7 (Waldarme Gemeinden) und 10.2-11 (Inanspruchnahme von Kommunen mit Windenergiebereichen) zu berücksichtigen. In diesem Rahmen werden auch bestehende Windenergiestandorte und kommunale Windenergieplanungen im Sinne des Grundsatzes 10.2-9 einbezogen.</p> <p>Einem raumbedeutsamen Anlagenzubau außerhalb der vorbezeichneten Gebiete soll während des Übergangszeitraums im begründeten Einzelfall jeweils mit Maßnahmen des Raumordnungsrechts (§§ 12 des Raumordnungsgesetzes, 36 des Landesplanungsgesetzes Nordrhein-Westfalen) begegnet werden. Etwaige Maßnahmen sollen dabei im Regelfall vom Einvernehmen der von den Anlagen betroffenen Kommunen abhängig gemacht werden. Weitere Einzelheiten regelt die Landesplanungsbehörde mit gesondertem Erlass.</p>	<p>für die Windenergie geeignete Flächen (Kernpotenzialflächen <i>beziehungsweise</i> „No-Regret-Flächen)</p> <p>[...] auch bereits <i>im Jahr</i> 2023 auf insgesamt 9000 <i>Hektar</i> sicher ermöglicht wird.</p> <p>(§§ 12 des <i>ROG</i>, 36 des <i>LPIG NRW</i>)</p>	<p>Rechtsförmlichkeit</p> <p>Rechtsförmlichkeit</p> <p>Rechtsförmlichkeit</p>

Entwurf - LEP Erneuerbare Energien vom 02. Juni 2023	Vorgeschlagene Änderungen nach Beteiligungsverfahren	Anmerkung
Ziel 10.2-14 Raumbedeutsame Freiflächen-Solarenergie im Freiraum		
<p><i>Regional- oder Bauleitplanung für raumbedeutsame Freiflächen-Solarenergieanlagen ist im Freiraum mit Ausnahme von regionalplanerisch festgelegten Waldbereichen und Bereichen zum Schutz der Natur möglich, wenn der jeweilige Standort mit der Schutz- und Nutzfunktion der jeweiligen Festlegung im Regionalplan vereinbar ist. Dabei ist dem überragenden öffentlichen Interesse des Ausbaus der Erneuerbaren Energien Rechnung zu tragen.</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <del>die Wiedernutzung von gewerblichen, bergbaulichen, verkehrlichen oder wohnungsbaulichen Brachflächen oder baulich geprägten militärischen Konversionsflächen,</del></li> <li>• <del>Aufschüttungen oder</del></li> <li>• <del>Standorte entlang von Bundesfernstraßen oder Schienenwegen mit überregionaler Bedeutung handelt.</del></li> </ul>	<p><i>Regional- oder Bauleitplanung für raumbedeutsame Freiflächen-Solarenergieanlagen ist im Freiraum mit Ausnahme von regionalplanerisch festgelegten Waldbereichen und Bereichen <b>für den</b> Schutz der Natur möglich, wenn der jeweilige Standort mit der Schutz- und Nutzfunktion der jeweiligen Festlegung im Regionalplan vereinbar ist. Dabei ist dem überragenden öffentlichen Interesse des Ausbaus der Erneuerbaren Energien Rechnung zu tragen.</i></p>	Redaktionelle Anpassung
Zu 10.2-14 Raumbedeutsame Freiflächen-Solarenergie im Freiraum		
<p>Ziel 10.2-14 adressiert die Regional- und Bauleitplanung – und damit nicht nach § 35 BauGB privilegierte Freiflächen-Solarenergieanlagen.</p> <p>Freiflächen-Solarenergieanlagen zeichnen sich grundsätzlich dadurch aus, dass sie nicht auf einem Gebäude, an einer Fassade oder einer einem anderen Zweck dienenden baulichen</p>		

Entwurf - LEP Erneuerbare Energien vom 02. Juni 2023	Vorgeschlagene Änderungen nach Beteiligungsverfahren	Anmerkung
<p>Anlage (z.B. Lärmschutzwand), sondern auf oder über einer freien Fläche aufgestellt sind. Eine Freiflächen-Solarenergieanlage ist ein in der Regel fest montiertes System, bei dem mittels einer Trägerkonstruktion die Photovoltaikmodule bzw. Kollektoren angebracht sind. Grundsätzlich gilt aber für alle Bauarten von Freiflächen-Solarenergieanlagen, dass diese vergleichsweise einfach auf- und zurückgebaut werden können. Im umgebenden Raum wahrnehmbare Unterschiede verschiedener Freiflächen Solarenergieanlagen resultieren u.a. aus der Moduldichte, dem Modulwinkel und der Modulhöhe und dem Grad der Beeinträchtigung der vorhandenen Nutzung. Folgende Bauarten sind in der planerischen Beurteilung zu unterscheiden:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Klassische Freiflächen-Solarenergieanlagen (relativ bodennah aufgeständert),</li> <li>• Floating-Photovoltaikanlagen (auf stehenden Gewässern mit an Schwimmkörpern angebrachten Modulen) oder</li> <li>• Agri-Photovoltaikanlagen (gleichzeitige Nutzung von Flächen für die landwirtschaftliche Produktion und die PV-Stromproduktion – ausreichend Raum für die Bewirtschaftung mit landwirtschaftlichen Maschinen sowie für eine Haltung größerer Tiere; vgl. auch Definition in den Erläuterungen zu Ziel 10.2-15)</li> </ul>	<p>dienenden baulichen Anlage (<i>zum Beispiel</i> Lärmschutzwand),</p> <p>Eine Freiflächen-Solarenergieanlage ist ein in der Regel fest montiertes System, bei dem mittels einer Trägerkonstruktion die Photovoltaikmodule <i>beziehungsweise</i> Kollektoren angebracht sind.</p> <p>Im umgebenden Raum wahrnehmbare Unterschiede verschiedener Freiflächen Solarenergieanlagen resultieren <i>unter anderem aus</i> der Moduldichte, dem Modulwinkel und der Modulhöhe und dem Grad der Beeinträchtigung der vorhandenen Nutzung.</p> <p>Resultieren <i>unter anderem</i> aus der Moduldichte,</p>	<p>Rechtsförmlichkeit</p> <p>Rechtsförmlichkeit</p> <p>Rechtsförmlichkeit</p> <p>Rechtsförmlichkeit</p>

Entwurf - LEP Erneuerbare Energien vom 02. Juni 2023	Vorgeschlagene Änderungen nach Beteiligungsverfahren	Anmerkung
<p>Bei Freiflächen-Solarenergieanlagen kleiner als 2 ha kann i.d.R. davon ausgegangen werden, dass diese Anlagen nicht raumbedeutsam sind. Für Freiflächen-Solarenergieanlagen von 2 ha bis weniger als 10 ha ist in der Regel eine Prüfung des Einzelfalls erforderlich, ob eine Raumbedeutsamkeit vorliegt. Sofern sich aus den anderen u. g. Kriterien keine Raumbedeutsamkeit ergibt, kann davon ausgegangen werden, dass bestimmte Anlagen auch mit einer Größe von deutlich mehr als 2 ha und unterhalb von 10 ha nicht raumbedeutsam sind. Bei Anlagen ab einer Größe von 10 ha und mehr ist von einer Raumbedeutsamkeit auszugehen, wenn nicht Umstände des Einzelfalls entgegenstehen.</p> <p>Insbesondere folgende Kriterien für eine Raumbedeutsamkeit dienen der Beurteilung der Raumbedeutsamkeit von Freiflächen-Solarenergieanlagen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• die Lage</li> <li>• das Maß der Beeinträchtigung des Landschaftsbilds</li> <li>• die Vorbelastung / technische Überprägung der Landschaft</li> <li>• die Vereinbarkeit mit der Standortumgebung oder</li> <li>• Summeneffekte von angrenzenden und mittelbar benachbarten vorhandenen Anlagen (Zerschneidungseffekt).</li> </ul>	<p>[...]; <i>vergleiche</i> auch Definition in den Erläuterungen zu Ziel 10.2-15)</p> <p><i>Bei Freiflächen-Solarenergieanlagen kleiner als 2 ha kann i.d.R. davon ausgegangen werden, dass diese Anlagen nicht raumbedeutsam sind. Für Freiflächen-Solarenergieanlagen von 2 ha bis weniger als 10 ha ist in der Regel eine Prüfung des Einzelfalls erforderlich, ob eine Raumbedeutsamkeit vorliegt. Sofern sich aus den anderen u. g. Kriterien keine Raumbedeutsamkeit ergibt, kann davon ausgegangen werden, dass bestimmte Anlagen auch mit einer Größe von deutlich mehr als 2 ha und unterhalb von 10 ha nicht raumbedeutsam sind. Bei Anlagen ab einer Größe von 10 ha und mehr ist von einer Raumbedeutsamkeit auszugehen, wenn nicht Umstände des Einzelfalls entgegenstehen.</i></p> <p><i>Zwar ist die Rauminanspruchnahme durch Überschreitung einer bestimmten Größe (ha) allein kein ausreichendes Kriterium für die Raumbedeutsamkeit. Der</i></p>	<p>Rechtsförmlichkeit</p> <p>Größenangaben zur Raumbedeutsamkeit von Freiflächen-Solaranlagen aus dem LEP-Erlass Erneuerbare Energien vom 28. Dezember 2022 werden in die Erläuterungen zu Ziel 10.2-14 zu übernommen (Klarstellung).</p>

Entwurf - LEP Erneuerbare Energien vom 02. Juni 2023	Vorgeschlagene Änderungen nach Beteiligungsverfahren	Anmerkung
<p>Floating-Photovoltaikanlagen werden auf stehenden Gewässern errichtet. Es handelt sich dabei um PV-Anlagen auf Gewässerflächen mit an Schwimmkörpern angebrachten Modulen. Verankert ist die Anlage dabei am Gewässergrund, Ufer oder an angrenzenden Strukturen. Zu den Auswirkungen der Floating-Photovoltaikanlagen zählen u. a. eine verringerte Sonneneinstrahlung sowie eine verringerte Verdunstung des Gewässers, es sind aber auch Veränderungen im Schichtungs- und Zirkulationsverhalten des Gewässers sowie eine verringerte Primärproduktion und somit auch ein veränderter Nährstoffumsatz zu erwarten. Auch eine Errichtung auf Abtragungsgewässern ist in der Regel technisch möglich. Dabei sind jedoch neben den geltenden gesetzlichen Vorgaben und Nutz- und Schutzfunktionen auch die geplanten Nachfolgenutzungen zu beachten. Bei einem in Teilen eines Gewässers ggf. noch bestehendem Auskiesungsbetrieb sind zudem Stromverbraucher und auch entsprechende Leitungen und Zuwegungen vorhanden.</p> <p>Hinsichtlich der Beurteilung der Frage, ob ein Standort mit der Schutz- und Nutzfunktion der jeweiligen Festlegung im Regionalplan vereinbar ist, ist für die Errichtung von Freiflächen-Solarenergieanlagen für folgende Bereiche eine Einzelfallprüfung vorzunehmen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Regionale Grünzüge</li> </ul>	<p><i>flächenmäßigen Ausdehnung von Freiflächen-Solarenergieanlagen kommt jedoch eine Indizwirkung für die Raumbedeutsamkeit gemäß den nachfolgenden Erwägungen zu.</i></p> <p><i>Bei Anlagen ab einer Größe von 10 Hektar und mehr ist von einer Raumbedeutsamkeit im Sinne des Ziels 10.2-14 und der nachfolgenden Festlegungen in Kapitel 10.2 des LEP NRW auszugehen, wenn nicht Umstände des Einzelfalls der Raumbedeutsamkeit entgegenstehen. Dies kann zum Beispiel sein, wenn aufgrund ihrer Bauart und ihrer Lage die Auswirkungen einer Freiflächen-Solarenergieanlage mit einer Größe von mehr als 10 Hektar über den unmittelbaren Nahbereich hinaus ausgeschlossen werden können.</i></p> <p><i>Der Orientierungswert von 10 Hektar ergibt sich in Anlehnung an § 32 DVO zum LPIG NRW, nach dem die zeichnerischen Festlegungen der Regionalpläne nach Gegenstand, Form und Inhalt der Anlage 3 zur DVO entsprechen müssen und diese zeichnerischen Festlegungen in der Regel ab einer Flächengröße von 10 Hektar vorzunehmen sind. Auch das UVPG sieht für Anlagen dieser Größe eine Verpflichtung zu einer Umweltverträglichkeitsprüfung vor.</i></p> <p><i>Freiflächen-Solarenergieanlagen werden in der Liste der UVP-pflichtigen Vorhaben nicht spezifisch genannt, es liegt jedoch nahe, diese Anlagen unter Nummer 18.7.1</i></p>	

Entwurf - LEP Erneuerbare Energien vom 02. Juni 2023	Vorgeschlagene Änderungen nach Beteiligungsverfahren	Anmerkung
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Bereiche zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE)</li> <li>• Bereich für den Schutz der Landschaft mit besonderer Bedeutung für Vogelarten des Offenlandes (BSLV)</li> <li>• Landwirtschaftliche Kernräume</li> <li>• Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz</li> <li>• Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB)</li> <li>• stehende künstliche Oberflächengewässer (Floating-Photovoltaikanlagen)</li> </ul> <p>Dabei ist dem überragenden öffentlichen Interesse des Ausbaus der Erneuerbaren Energien Rechnung zu tragen. In Überschwemmungsbereichen ist die Errichtung von Freiflächen-Solarenergieanlagen in der Regel nicht mit den Zielen der Raumordnung vereinbar. Die regionalplanerisch festgelegten Waldbereiche und Bereiche zum Schutz der Natur (BSN) sind gemäß Ziel 10.2-14 von vornherein für eine Inanspruchnahme durch raumbedeutsame Freiflächen-Solarenergieanlagen ausgeschlossen.</p>	<p><i>der Anlage 1 zum UVPG („Bau eines Städtebauprojektes für sonstige bauliche Anlagen, für den im bisherigen Außenbereich im Sinne des § 35 BauGB ein Bebauungsplan aufgestellt wird...“) zu subsummieren, für die in jedem Fall eine UVP-Pflicht besteht.</i></p> <p><i>Indikatoren für die Nichtraumbedeutsamkeit einer Freiflächen-Solarenergieanlage mit einer Größe von 10 Hektar und mehr sind zum Beispiel, wenn die Solaranlage von der Umgebung nicht einsehbar ist oder die Bauart das nahelegt.</i></p> <p><i>In Anlehnung an die Größenklassen des UVPG wird für Freiflächen-Solarenergieanlagen von 2 Hektar bis weniger als 10 Hektar in der Regel eine Prüfung des Einzelfalls erforderlich sein, ob eine Raumbedeutsamkeit festgestellt werden kann. Hiermit ist nicht verbunden, dass zur Beurteilung der Raumbedeutsamkeit eine formelle UVP-Vorprüfung (als eigener Verfahrensschritt) vorliegen muss.</i></p> <p><i>Sofern sich aus den anderen unten genannten Kriterien keine Raumbedeutsamkeit ergibt, kann davon ausgegangen werden, dass bestimmte Anlagen auch mit einer Größe von deutlich mehr als 2 Hektar und unterhalb von 10 Hektar nicht raumbedeutsam sind.</i></p> <p><i>Bei Freiflächen-Photovoltaikanlagen kleiner als 2 Hektar kann in der Regel davon</i></p>	

Entwurf - LEP Erneuerbare Energien vom 02. Juni 2023	Vorgeschlagene Änderungen nach Beteiligungsverfahren	Anmerkung
	<p><i>ausgegangen werden, dass diese Anlagen nicht raumbedeutsam sind und somit nicht unter die Festlegungen des Ziels 10.2-5 fallen. In Einzelfällen mögen lokale Rahmenbedingungen aber auch dazu führen, dass auch solche verhältnismäßig kleinen Anlagen raumbedeutsam sind wie zum Beispiel eine weithin sichtbare Anlage auf einem Bergrücken, der ansonsten keine baulichen Anlagen und nur eine niedrige Vegetation aufweist.</i></p> <p>Insbesondere folgende weitere Kriterien können für eine Beurteilung der Raumbedeutsamkeit von Freiflächen-Solarenergieanlagen herangezogen werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• die Lage <i>Ob eine Freiflächen-Solarenergieanlage zum Beispiel im Flachland oder in topographisch bewegten Gebieten oder auch angrenzend an bebaute Gebiete realisiert werden soll, kann einen Einfluss auf die Bewertung der Raumbedeutsamkeit haben.</i></li> <li>• das Maß der Beeinträchtigung des Landschaftsbilds <i>Zu nennen sind in diesem Zusammenhang die Sichtbarkeit, Spiegelungen, optisch bedrängende Wirkungen (oder deren Fehlen), Zaunanlage.</i></li> <li>• die Vorbelastung <i>oder</i> technische Überprägung der Landschaft</li> </ul>	



Entwurf - LEP Erneuerbare Energien vom 02. Juni 2023	Vorgeschlagene Änderungen nach Beteiligungsverfahren	Anmerkung
	<p><i>Hiermit sind Splittersiedlungen, gehäufte Einzelbebauungen oder das Umfeld von Kläranlagen und Umspannwerken und ähnlichem gemeint.</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• die Vereinbarkeit mit der Standortumgebung <i>Hier kann es zum Beispiel von Bedeutung sein, in welchem der landesweit oder regional bedeutsamen Kulturlandschaftsbereiche die Freiflächen-Solarenergieanlage liegt.</i></li> <li>• oder Summeneffekte von angrenzenden und mittelbar benachbarten vorhandenen Anlagen (Zerschneidungseffekt).</li> </ul> <p><i>Bei den oben genannten Kriterien kann die jeweilige Bauart beziehungsweise Ausführung von Relevanz sein - insbesondere was die Bauhöhe der Freiflächen-Solarenergieanlagen angeht (und damit verbunden insbesondere die Auswirkungen im Nahbereich).</i></p> <p>Floating-Photovoltaikanlagen werden auf stehenden Gewässern errichtet. Es handelt sich dabei um PV-Anlagen auf Gewässerflächen mit an Schwimmkörpern angebrachten Modulen. Verankert ist die Anlage dabei am Gewässergrund, Ufer oder an angrenzenden Strukturen. Zu den Auswirkungen der Floating-Photovoltaikanlagen zählen <i>unter anderem</i></p>	

Entwurf - LEP Erneuerbare Energien vom 02. Juni 2023	Vorgeschlagene Änderungen nach Beteiligungsverfahren	Anmerkung
	<p>eine verringerte Sonneneinstrahlung sowie eine verringerte Verdunstung des Gewässers, es sind aber auch Veränderungen im Schichtungs- und Zirkulationsverhalten des Gewässers sowie eine verringerte Primärproduktion und somit auch ein veränderter Nährstoffumsatz zu erwarten. Auch eine Errichtung auf Abtragungsgewässern ist in der Regel technisch möglich. Dabei sind jedoch neben den geltenden gesetzlichen Vorgaben und Nutz- und Schutzfunktionen auch die geplanten Nachfolgenutzungen zu beachten. Bei einem in Teilen eines Gewässers <i>gegebenenfalls</i> noch bestehendem Auskiesungsbetrieb sind zudem Stromverbraucher und auch entsprechende Leitungen und Zuwegungen vorhanden.</p> <p><i>Daneben gibt es auch noch so genannte Biodiversitäts-Photovoltaikanlagen, die durch ihre Bauart und an die regionale Situation angepasste naturschutzfachliche Aufwertungen der in Anspruch genommenen Flächen gegenüber ihrer vorherigen Nutzung weniger raumbeeinflussend wirken können (vergleiche Gesetzentwurf der Bundesregierung, Gesetz zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und weiterer energiewirtschaftsrechtlicher Vorschriften zur Steigerung des Ausbaus photovoltaischer Energieerzeugung, BT-Drs. 20/8657, 09.10.2023, S. 99; siehe auch Verordnungsermächtigung zu</i></p>	<p>Rechtsförmlichkeit</p> <p>Rechtsförmlichkeit</p> <p>Aufnahme eines Hinweises, dass Freiflächen-Solarenergieanlagen Biodiversitätsfreundlicher gestaltet werden können (unwesentliche Änderung).</p>

Entwurf - LEP Erneuerbare Energien vom 02. Juni 2023	Vorgeschlagene Änderungen nach Beteiligungsverfahren	Anmerkung
	<p><i>Biodiversitätssolaranlagen, ebenda, Art. 1 Nr. 48, § 94, S. 24).</i></p> <p>Hinsichtlich der Beurteilung der Frage, ob ein Standort mit der Schutz- und Nutzfunktion der jeweiligen Festlegung im Regionalplan vereinbar ist, ist für die Errichtung von Freiflächen-Solarenergieanlagen für folgende Bereiche eine Einzelfallprüfung vorzunehmen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Regionale Grünzüge <ul style="list-style-type: none"> <li>○ <i>Möglich, wenn mit der konkreten Schutzfunktion des Regionalen Grünzugs vereinbar – zum Beispiel, wenn die Funktion als Kaltluftentstehungsflächen oder Kaltluftleitbahnen durch Freiflächen-Solarenergieanlagen niedriger Bauart nicht beeinträchtigt wird, bandartige Freiräume dadurch nicht zerschnitten werden oder die Funktion für Naherholungs- und Freizeitnutzungen durch eine verringerte Einsehbarkeit bzw. eine naturnahe Ausgestaltung der Anlagen nicht beeinträchtigt wird.</i></li> </ul> </li> <li>• Bereiche <i>für den</i> Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE) <ul style="list-style-type: none"> <li>○ <i>Möglich, wenn mit der konkreten Schutzfunktion des jeweiligen Bereiches vereinbar</i></li> </ul> </li> </ul>	<p>Hinweise zur Vereinbarkeit von Freiflächen-Solaranlagen mit den Schutz- und Nutzfunktionen aus dem LEP-Erlass Erneuerbare Energien vom 28. Dezember 2022 werden in die Erläuterungen zu Ziel 10.2-14 zu übernehmen (Klarstellung).</p> <p>Redaktionell</p>

Entwurf - LEP Erneuerbare Energien vom 02. Juni 2023	Vorgeschlagene Änderungen nach Beteiligungsverfahren	Anmerkung
	<p><i>– zum Beispiel in Teilbereichen großräumiger BSLE mit einer weniger hochwertigen Funktion für Naturschutz und Landschaftspflege und die landschaftsorientierte Erholung in Kombination mit verringerter Einsehbarkeit und naturnaher Ausgestaltung der Anlagen. Hier kann der Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege des LANUV hilfreiche Hinweise geben. Ausgeschlossen etwa bei Vogelschutzgebieten innerhalb von BSLE (Kollision mit höherrangigem FFH-Recht).</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Bereich für den Schutz der Landschaft mit besonderer Bedeutung für Vogelarten des Offenlandes (BSLV)</li> <li>• Landwirtschaftliche Kernräume (<i>in der Regel nur Agri-PV, siehe Grundsatz 10.2-16</i>)</li> <li>• Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz <ul style="list-style-type: none"> <li>○ <i>Hier wird die Vereinbarkeit zum Beispiel davon abhängen, welche Wasserschutzzonen von dem Vorhaben „betroffen“ sind; in Abhängigkeit von der Ausführung der jeweiligen Freiflächen-Solarenergieanlage kann eine solche Anlage in der</i></li> </ul> </li> </ul>	<p>Klammerzusatz hinter Landwirtschaftliche Kernräume in Erläuterungen (Klarstellung): „in der Regel nur Agri-PV =&gt; s. Grundsatz 10.2-16“. Ansonsten besteht ein Widerspruch zu Grundsatz 10.2-16, in dem gefordert wird, dass landwirtschaftliche Kernräume nur durch Agri-PV in Anspruch genommen werden sollen.</p>

Entwurf - LEP Erneuerbare Energien vom 02. Juni 2023	Vorgeschlagene Änderungen nach Beteiligungsverfahren	Anmerkung
	<p><i>Wasserschutzzone IIIa oder III b durchaus vereinbar sein.</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) <ul style="list-style-type: none"> <li>○ <i>Nicht mit Zielen der Raumordnung vereinbar, sofern der Abbau der Lagerstätte beeinträchtigt wird.</i></li> <li>○ <i>Mit den Zielen der Raumordnung vereinbar, soweit der Abbau der Lagerstätte bereits vollständig erfolgt ist und der Abbau benachbarter BSAB-Flächen oder Rohstoffreserveflächen nicht beeinträchtigt wird und soweit mit den raumordnerischen Zielen für die Folgenutzung des BSAB sowie die im Rahmen der Vorhabenzulassung festgelegten Wiederherstellungsziele vereinbar.</i></li> </ul> </li> <li>• stehende künstliche Oberflächengewässer (Floating-Photovoltaikanlagen)</li> </ul> <p>Dabei ist dem überragenden öffentlichen Interesse des Ausbaus der Erneuerbaren Energien Rechnung zu tragen. In Überschwemmungsbereichen ist die Errichtung von Freiflächen-Solarenergieanlagen in der Regel nicht mit den Zielen der Raumordnung vereinbar. Die regionalplanerisch festgelegten Waldbereiche und Bereiche <i>für den</i> Schutz</p>	<p>Redaktionell</p>

Entwurf - LEP Erneuerbare Energien vom 02. Juni 2023	Vorgeschlagene Änderungen nach Beteiligungsverfahren	Anmerkung
	<p>der Natur (BSN) sind gemäß Ziel 10.2-14 von vornherein für eine Inanspruchnahme durch raumbedeutsame Freiflächen-Solarenergieanlagen ausgeschlossen.</p> <p><i>Bei den Planungen für raumbedeutsame Freiflächen-Solarenergieanlagen ist der Grundsatz 8.2-1 zu berücksichtigen. Danach sollen Transportfernleitungen bedarfsgerecht ausgebaut und in Leitungsbändern flächensparend und gebündelt geführt und an bereits vorhandene Bandinfrastrukturen im Raum angelehnt werden. Dazu wird es in aller Regel sinnvoll sein, sofern raumstrukturell möglich, den Bereich parallel zu vorhandenen raumbedeutsamen ober- und unterirdischen Transportfernleitungen durch einen Puffer freizuhalten, der es ermöglicht, Leitungen von der Flächenausdehnung her (inklusive zwingend erforderlichem Sicherheitspuffer) ein weiteres Mal in separater Lage dort unterzubringen.</i></p> <p><i>Zur Umsetzung von Grundsatz 8.2-1 sollen darüber hinaus bei den Planungen für raumbedeutsame Freiflächen-Solarenergie die über Bundesfachplanungsverfahren festgelegten oder durch Raumordnungsverfahren beziehungsweise Raumverträglichkeitsprüfungen ausgewählten Trassenkorridore für raumbedeutsame ober- und unterirdische Transportfernleitungen berücksichtigt werden, dies insbesondere, wenn das förmliche Planfeststellungsverfahren bereits eingeleitet wurde.</i></p>	<p>Aus den Stellungnahmen resultierende <i>Klarstellung</i> zur Berücksichtigung Netzausbau.</p>

Entwurf - LEP Erneuerbare Energien vom 02. Juni 2023	Vorgeschlagene Änderungen nach Beteiligungsverfahren	Anmerkung
<i>Ziel 10.2-15 Inanspruchnahme von hochwertigen Ackerböden für raumbedeutsame Freiflächen-Solarenergie</i>		
<i>Regional- oder Bauleitplanung für raumbedeutsame Freiflächen-Solarenergieanlagen auf hochwertigen Ackerböden darf nur für Agri-Photovoltaikanlagen erfolgen.</i>		
Zu 10.2-15 Inanspruchnahme von hochwertigen Ackerböden für raumbedeutsame Freiflächen-Solarenergie		
<p>Es sind die landwirtschaftlichen Nutzungsmöglichkeiten insbesondere auf besonders ertragsfähigen und hochwertigen Ackerböden durch die kombinierte Nutzung mit Agri-Photovoltaikanlagen zu erhalten. Mittels sog. Agri-Photovoltaikanlagen (im Folgenden als Agri-PV-Anlagen abgekürzt) ist die gleichzeitige Nutzung von Flächen für die landwirtschaftliche Produktion und die PV-Stromproduktion möglich.</p> <p>Bei den im Ziel adressierten Agri-PV-Anlagen muss die landwirtschaftliche Nutzbarkeit und Ertragsfähigkeit gewährleistet sein. Dies ist orientiert an der DIN SPEC 91434 nachzuweisen. Unter anderem darf der erwartete Ertrag nicht weniger als 66 % des Referenzertrags ohne die Agri-PV-Anlage betragen.</p>	<p><i>Ziel 10.2-15 adressiert die Regional- und Bauleitplanung für raumbedeutsame Freiflächen-Solarenergieanlagen – und damit nicht nach § 35 BauGB privilegierte Freiflächen-Solarenergieanlagen und auch nicht die nicht raumbedeutsamen Freiflächen-Solarenergieanlagen.</i></p> <p>Dies ist orientiert an der DIN SPEC 91434, <i>Ausgabe Mai 2021</i>, <a href="https://www.din.de/de/wdc-beuth:din21:337886742">https://www.din.de/de/wdc-beuth:din21:337886742</a> nachzuweisen. Unter anderem darf der erwartete Ertrag nicht weniger als 66 <i>Prozent</i> des Referenzertrags ohne die Agri-PV-Anlage</p>	<p>Privilegierung (Klarstellung):</p> <p>Für die nach § 35 BauGB privilegierte Freiflächen-Solarenergieanlagen ist auch Ziel 10.2-15 nicht einschlägig, weil das Ziel an die Regional- und Bauleitplanung anknüpft.</p> <p>Rechtsförmlichkeit</p>

Entwurf - LEP Erneuerbare Energien vom 02. Juni 2023	Vorgeschlagene Änderungen nach Beteiligungsverfahren	Anmerkung
<p>Als hochwertige Ackerböden, die nur für Agri-PV-Anlagen in Anspruch genommen werden dürfen, gelten Ackerböden mit einer Bodenwertzahl von 55 und mehr, weil diese eine hohe bzw. sehr hohe Ertragsfähigkeit aufweisen. Für Flächen, auf denen Böden unterschiedlicher Wertigkeit vorkommen, kann der mittlere Wert zu Grunde gelegt werden. Als Grundlage dienen die Bodenzahl oder die Ackerzahl der Bodenschätzung nach § 4 des Bodenschätzungsgesetzes vom 20. Dezember 2007 (BGBl. I S. 3150, 3176) in der jeweils geltenden Fassung. Von denen im Liegenschaftskataster nachgewiesenen Werten ist die jeweils höhere Zahl maßgebend.</p>	<p>betragen.</p> <p>[...] mehr, weil diese eine hohe <b>beziehungsweise</b> sehr hohe Ertragsfähigkeit aufweisen.</p>	<p>Rechtsförmlichkeit</p>
<p><b>Grundsatz 10.2-16 Inanspruchnahme von landwirtschaftlichen Kernräumen für raumbedeutsame Freiflächen-Solarenergie</b></p>	<p><b>Grundsatz 10.2-16 Inanspruchnahme von landwirtschaftlichen Kernräumen und vergleichbaren Flächen für raumbedeutsame Freiflächen-Solarenergie</b></p>	
<p><b>Regional- oder Bauleitplanung für raumbedeutsame Freiflächen-Solarenergieanlagen soll in landwirtschaftlichen Kernräumen nur für Agri-Photovoltaikanlagen erfolgen.</b></p>	<p><b>Regional- oder Bauleitplanung für raumbedeutsame Freiflächen-Solarenergieanlagen soll <del>in</del> landwirtschaftlichen Kernräumen auf Flächen innerhalb der allgemeinen Freiraum- und Agrarbereiche, die sich durch besonders hohe landwirtschaftliche Ertragskraft der Böden, besonders günstige Agrar- und Betriebsstrukturen oder eine besonders hohe Wertigkeit für spezielle landwirtschaftliche Nutzungen wie Sonderkulturen auszeichnen, nur für Agri-Photovoltaikanlagen erfolgen.</b></p>	<p><b>Keine wesentliche Änderung</b></p> <p>Knüpft man nicht mehr an festgelegte Vorbehaltsgebiete, sondern an deren Voraussetzungen an, so macht das – abgesehen vom zeitlichen Moment – dann keinen großen Unterschied, wenn man davon ausgehen kann, dass ohnehin früher oder später alle Flächen, welche die Voraussetzungen erfüllen, zu landwirtschaftlichen Kernräumen werden. Davon wird ausgegangen – insbesondere, da in der dritten LEP-Änderung das Planzeichen „Landwirtschaftliche Kernräume“ über eine Festlegung in Kap. 7.5 des LEP NRW verankert werden soll. Insofern wird hier auch nicht von einer erstmaligen oder stärkeren</p>



Entwurf - LEP Erneuerbare Energien vom 02. Juni 2023	Vorgeschlagene Änderungen nach Beteiligungsverfahren	Anmerkung
		Berührung von Belangen ausgegangen. Auch die Rechtsfolge der Festlegung (Grundsatz) wird nicht verändert.
Zu <b>10.2-16 Inanspruchnahme von landwirtschaftlichen Kernräumen für raumbedeutsame Freiflächen-Solarenergie</b>	Zu <b>10.2-16 Inanspruchnahme von landwirtschaftlichen Kernräumen und vergleichbaren Flächen für raumbedeutsame Freiflächen-Solarenergie</b>	
<p>Gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 4 sind die räumlichen Voraussetzungen für die land- und forstwirtschaftliche Nahrungs- und Rohstoffproduktion zu erhalten oder zu schaffen. Gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 5 ROG sind die räumlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Land- und Forstwirtschaft ihren Beitrag dazu leisten kann, die natürlichen Lebensgrundlagen in ländlichen Räumen zu schützen sowie Natur und Landschaft zu pflegen und zu gestalten. Um diesen Grundsätzen und den Grundsätzen in § 2 Abs. 2 Nr. 4 und 6 ROG hinsichtlich der räumlichen Erfordernissen für eine kostengünstige, sichere und umweltverträgliche Energieversorgung einschließlich des Ausbaus von Energienetzen Rechnung tragen zu können und gleichzeitig gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 5 ROG Kulturlandschaften zu erhalten und zu entwickeln, soll in landwirtschaftlichen Kernräumen die Regional- oder Bauleitplanung für raumbedeutsame Freiflächen-Solarenergieanlagen nur für Agri-PV-Anlagen erfolgen.</p> <p>Grundsatz 10.2-16 schützt neben den über Ziel 10.2-15 geschützten hochwertigen</p>	<p><i>Grundsatz 10.2-16 adressiert die Regional- und Bauleitplanung für raumbedeutsame Freiflächen-Solarenergieanlagen – und damit nicht nach § 35 BauGB privilegierte Freiflächen-Solarenergieanlagen und auch nicht die nicht raumbedeutsamen Freiflächen-Solarenergieanlagen.</i></p> <p>Gemäß § 2 <b>Absatz</b> 2 Nr. 4 <b>ROG</b> sind die räumlichen Voraussetzungen für die land- und forstwirtschaftliche Nahrungs- und Rohstoffproduktion zu erhalten oder zu schaffen. Gemäß § 2 <b>Absatz</b> 2 Nr. 5 ROG sind die räumlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Land- und Forstwirtschaft ihren Beitrag dazu leisten kann, die natürlichen Lebensgrundlagen in ländlichen Räumen zu schützen sowie Natur und Landschaft zu pflegen und zu gestalten. Um diesen Grundsätzen und den Grundsätzen in § 2 <b>Absatz</b> 2 Nr. 4 und 6 ROG hinsichtlich der räumlichen Erfordernissen für eine kostengünstige, sichere und umweltverträgliche Energieversorgung einschließlich des Ausbaus von Energienetzen Rechnung tragen zu können und gleichzeitig gemäß §</p>	<p>Privilegierung (Klarstellung):</p> <p>Für die nach § 35 BauGB privilegierte Freiflächen-Solarenergieanlagen ist auch Grundsatz 10.2-16 nicht einschlägig, weil das Ziel an die Regional- und Bauleitplanung anknüpft.</p> <p>Rechtsförmlichkeit</p> <p>Rechtsförmlichkeit</p> <p>Rechtsförmlichkeit</p>

Entwurf - LEP Erneuerbare Energien vom 02. Juni 2023	Vorgeschlagene Änderungen nach Beteiligungsverfahren	Anmerkung
<p>Ackerböden auch landwirtschaftliche Kernräume, die über diese Bereiche hinausgehen können, berücksichtigt damit aber auch bei der Abwägung konkurrierender Nutzungen die weiteren agrarstrukturellen Erfordernisse.</p> <p>Landwirtschaftliche Kernräume sind Bereiche innerhalb der allgemeinen Freiraum- und Agrarbereiche, die sich gemäß LPIG-DVO durch besonders hohe landwirtschaftliche Ertragskraft der Böden, besonders günstige Agrar- und Betriebsstrukturen oder eine besonders hohe Wertigkeit für spezielle landwirtschaftliche Nutzungen wie Sonderkulturen (Gemüse, Spargel) auszeichnen. Für die Abgrenzung der landwirtschaftlichen Kernräume können die Fachbeiträge der Landwirtschaftskammern herangezogen werden, die bei der agrarstrukturellen Standortbewertung regionalspezifische Flächeneigenschaften berücksichtigen.</p> <p>Zu Eigenschaften von Agri-PV-Anlagen wird auf die Erläuterungen zu 10.2-14 und 10.2-15 verwiesen.</p>	<p>2 <b>Absatz</b> 2 Nr. 5 ROG Kulturlandschaften zu erhalten und zu entwickeln, soll <b>auf Flächen innerhalb der allgemeinen Freiraum- und Agrarbereiche, die sich durch besonders hohe landwirtschaftliche Ertragskraft der Böden, besonders günstige Agrar- und Betriebsstrukturen oder eine besonders hohe Wertigkeit für spezielle landwirtschaftliche Nutzungen wie Sonderkulturen auszeichnen</b> (landwirtschaftlichen Kernräumen <b>und vergleichbaren Flächen</b>) die Regional- oder Bauleitplanung für raumbedeutsame Freiflächen-Solarenergieanlagen nur für Agri-PV-Anlagen erfolgen.</p> <p>Grundsatz 10.2-16 schützt <b>damit</b> neben den über Ziel 10.2-15 geschützten hochwertigen Ackerböden auch <b>diese Flächen und</b> berücksichtigt damit <b>aber auch</b> bei der Abwägung konkurrierender Nutzungen <b>auch</b> die weiteren agrarstrukturellen Erfordernisse.</p> <p><del>Diese Flächen sind Bereiche innerhalb der allgemeinen Freiraum- und Agrarbereiche, die sich gemäß LPIG-DVO (Landwirtschaftliche Kernräume) durch besonders hohe landwirtschaftliche Ertragskraft der Böden, besonders günstige Agrar- und Betriebsstrukturen oder eine besonders hohe Wertigkeit für spezielle landwirtschaftliche Nutzungen wie Sonderkulturen (Gemüse, Spargel) auszeichnen.</del> Für die <b>Bestimmung dieser Flächen, aber auch der</b> Abgrenzung der landwirtschaftlichen Kernräume, können die Fachbeiträge der Landwirtschafts<b>kammer</b> herangezogen werden, die bei der agrarstrukturellen Standortbewertung</p>	<p>Rechtsförmlichkeit</p> <p>Folgeänderungen</p> <p>Folgeänderungen</p>

Entwurf - LEP Erneuerbare Energien vom 02. Juni 2023	Vorgeschlagene Änderungen nach Beteiligungsverfahren	Anmerkung
	<p>regionalspezifische Flächeneigenschaften berücksichtigen.</p> <p>Zu Eigenschaften von Agri-PV-Anlagen wird auf die Erläuterungen zu <b>Zielen</b> 10.2-14 und 10.2-15 verwiesen.</p>	Rechtsförmlichkeit
<p><b>Grundsatz 10.2-17 Besonders geeignete Standorte für raumbedeutsame Freiflächen-Solarenergie im Freiraum</b></p>	<p><b>Grundsatz 10.2-17 Besonders geeignete Standorte für raumbedeutsame Freiflächen-Solarenergie im Freiraum</b></p>	
<p><b>Für raumbedeutsame Freiflächen-Solarenergieanlagen im Freiraum sollen vorzugsweise</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• geeignete Brachflächen,</li> <li>• geeignete Halden und Deponien,</li> <li>• geeignete Flächen in landwirtschaftlich benachteiligten Gebieten,</li> <li>• künstliche und erheblich veränderte Oberflächengewässer oder</li> <li>• Windenergiebereiche, sofern dies mit der Vorrangfunktion dieser Bereiche vereinbar ist,</li> </ul> <p>genutzt werden. Des Weiteren sollen vorzugsweise Flächen bis zu einer Entfernung von 500 m von Bundesfernstraßen, Landesstraßen und überregionalen Schienenwegen genutzt werden. Dabei soll die Anlagenausweisung vorrangig entlang von Bundesfernstraßen und überregionalen Schienenwegen erfolgen. Entlang von allen anderen dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Straßen und</p>	<p><b>Für raumbedeutsame Freiflächen-Solarenergieanlagen im Freiraum sollen vorzugsweise</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• geeignete Brachflächen,</li> <li>• geeignete Halden und Deponien,</li> <li>• geeignete Flächen in landwirtschaftlich benachteiligten Gebieten,</li> <li>• geeignete künstliche und erheblich veränderte Oberflächengewässer oder</li> <li>• Windenergiebereiche, sofern dies mit der Vorrangfunktion dieser Bereiche vereinbar ist,</li> </ul> <p>genutzt werden.</p> <p>Des Weiteren sollen vorzugsweise Flächen bis zu einer Entfernung von 500 <b>Metern</b> von Bundesfernstraßen, Landesstraßen und überregionalen Schienenwegen <b>des Personen- und Güterverkehrs</b> genutzt werden. Dabei soll die Anlagenausweisung vorrangig entlang von Bundesfernstraßen und überregionalen Schienenwegen erfolgen.</p>	<p>Konsistenz der Formulierungen im Grundsatz</p> <p>Rechtsförmlichkeit</p> <p>Klarstellende Ergänzung, dass hier nicht nur Schienenwege des Personen-, sondern auch des Güterverkehrs gemeint sind</p>

Entwurf - LEP Erneuerbare Energien vom 02. Juni 2023	Vorgeschlagene Änderungen nach Beteiligungsverfahren	Anmerkung
<p><i>Schienenwegen sowie angrenzend an den Siedlungsraum sollen dagegen vorzugweise nur Flächen bis zu einer Entfernung von 200 m genutzt werden. Prioritär sollte die Anlagenausweisung nicht singulär im Freiraum erfolgen, sondern beginnend von der Infrastrukturanlage oder im Zusammenhang mit einer baulichen Nutzung und dabei die Belange landwirtschaftlicher Betriebe berücksichtigen. Auf den besonderen Schutz landwirtschaftlicher Flächen mit hochwertigen Ackerböden im Ziel 10.2-15 und den in der Abwägung zu berücksichtigenden landwirtschaftlichen Kernräumen im Grundsatz 10.2-16 wird verwiesen.</i></p>	<p><i>Entlang von allen anderen dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Straßen und Schienenwegen des <b>Personen- und Güterverkehrs</b> sowie angrenzend an den Siedlungsraum sollen dagegen vorzugweise nur Flächen bis zu einer Entfernung von 200 <b>Metern</b> genutzt werden.</i></p> <p><i>Prioritär sollte die Anlagenausweisung nicht singulär im Freiraum erfolgen, sondern beginnend von der Infrastrukturanlage oder im Zusammenhang mit einer baulichen Nutzung und dabei die Belange landwirtschaftlicher Betriebe berücksichtigen. Auf den besonderen Schutz landwirtschaftlicher Flächen mit hochwertigen Ackerböden im Ziel 10.2-15 und den in der Abwägung zu berücksichtigenden landwirtschaftlichen Kernräumen im Grundsatz 10.2-16 wird verwiesen.</i></p>	<p>Rechtsförmlichkeit</p>
<p><b>Zu 10.2-17 Besonders geeignete Standorte für raumbedeutsame Freiflächen-Solarenergie im Freiraum</b></p>		
<p>Bei der Planung von raumbedeutsamen Freiflächen-Solarenergieanlagen sollen die im Grundsatz genannten Standorte (bzw. Flächen / Bereiche) bevorzugt berücksichtigt werden, wenn der Standort mit der Schutz- und Nutzfunktion der jeweiligen Festlegung im Regionalplan vereinbar ist (vgl. Ziel 10.2-14) und fachgesetzliche Regelungen dem nicht entgegenstehen.</p>	<p>Bei der Planung von raumbedeutsamen Freiflächen-Solarenergieanlagen sollen die im Grundsatz genannten Standorte (<i>beziehungsweise</i> Flächen <i>oder</i> Bereiche) bevorzugt berücksichtigt werden, wenn der Standort mit der Schutz- und Nutzfunktion der jeweiligen Festlegung im Regionalplan vereinbar ist (<i>vergleiche</i> Ziel 10.2-14) und fachgesetzliche Regelungen dem nicht entgegenstehen.</p>	<p>Rechtsförmlichkeit</p> <p>Rechtsförmlichkeit</p>

Entwurf - LEP Erneuerbare Energien vom 02. Juni 2023	Vorgeschlagene Änderungen nach Beteiligungsverfahren	Anmerkung
<p>Die Bereiche von bis zu 500 m von Bundesfernstraßen, Landesstraßen und überregionalen Schienenwegen wurden gewählt, weil die Förderkulisse des EEG § 37 Abs. 1 c) den Raum längs von Autobahnen oder Schienenwegen in einer Entfernung von bis zu 500 Metern umfasst. Für alle anderen dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Straßen und Schienenwege sowie angrenzend an den Siedlungsraum sollen nur Bereiche von bis zu 200 m ausgewiesen werden. Innerhalb dieser Flächenkulissen kann davon ausgegangen werden, dass mit dem Abstand zu den Verkehrswegen (in Abhängigkeit von der jeweiligen Verkehrsbelastung unterschiedlich) bzw. dem Siedlungsraum der Überlagerungseffekt der Auswirkungen von Freiflächen-Solarenergie und Verkehrsinfrastruktur bzw. dem Siedlungsraum auf den Raum abnimmt und die Raumbelastungen in der Regel zunehmen. Dem trägt die Formulierung im Grundsatz „bis zu 500 m“ bzw. „bis zu 200 m“ Rechnung. Wegen der unterschiedlichen Raumbelastung sind Ausweisungen an Bundesfernstraßen gegenüber Ausweisungen an Landesstraßen vorzuziehen.</p> <p>Künstliche stehende Gewässer im Sinne dieser Festlegung sind stehende Gewässer, die in der Regel durch Aufstau von Fließgewässern oder Freilegen oder Wiederherstellen der Grundwasseroberfläche entstanden sind und sich vorbehaltlich fachgesetzlicher Prüfung für Floating-Photovoltaikanlagen eignen. Hierbei darf der primäre Zweck des Gewässers in aller Regel nicht eingeschränkt werden. Vorstellbar ist</p>	<p><i>Als geeignete Brachflächen werden Flächen verstanden, die</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>über einen längeren Zeitraum ungenutzt und funktionslos geworden sind,</i></li> <li>• <i>über einen längeren Zeitraum mindergenutzt sind,</i></li> <li>• <i>über einen längeren Zeitraum temporär zwischengenutzt werden und in absehbarer Zeit für Folgenutzungen zur Verfügung stehen oder</i></li> <li>• <i>deren Nutzung in absehbarer Zeit aufgegeben wird.</i></li> </ul> <p><i>(vergleiche LANUV 2015: Leitfaden zur Erfassung von Brachflächen in Nordrhein-Westfalen).</i></p> <p><i>In diesem Zusammenhang gilt als „längerer Zeitraum“ eine Dauer von mehr als zwei Jahren.</i></p> <p><i>Sofern konkrete Folgenutzungen in absehbarer Zeit geplant sind, gelten die entsprechenden Flächen nicht als Brachflächen im Sinne dieses Grundsatzes, zum Beispiel für die landwirtschaftliche Nutzung hochwertig rekultivierte Flächen im Bereich der Braunkohletagebaue. Landwirtschaftliche Flächen und Kalamitätsflächen fallen nicht unter den Begriff der Brachflächen.</i></p> <p><i>Um Aufschüttungen im Sinne des LEP NRW handelt es sich</i></p>	<p>Begriffsdefinitionen und Klarstellungen:</p> <p>Begriffsdefinitionen aus dem EE-Erlass vom 28. Dezember 2022 zu Brachflächen, Halden und Deponien übernommen.</p> <p>Rekultivierte Flächen (Klarstellung):</p> <p>Klarstellung, dass zur Rekultivierung vorgesehene sowie rekultivierte Flächen im Rheinischen Revier nicht in die Kategorie „geeignete Brachflächen“ fallen, da bzw. wenn sie einer landwirtschaftlichen Nutzung vorbehalten sind. Außerdem Klarstellung, dass mit "geeigneten" Brachflächen auch keine</p>

Entwurf - LEP Erneuerbare Energien vom 02. Juni 2023	Vorgeschlagene Änderungen nach Beteiligungsverfahren	Anmerkung
<p>beispielsweise eine Nutzung auf solchen Abgrabungsgewässern, die hinsichtlich ihrer ökologischen Wertigkeit (u.a. Artenschutz) und des Landschaftsschutzes keine besondere Bedeutung haben oder eine besondere Größe aufweisen und bei denen auch ansonsten hinsichtlich der bestehenden oder geplanten Nachfolgenutzung keine Konflikte bestehen.</p> <p>Auch Windenergiebereiche, welche als Vorranggebiete gem. § 7 Abs. 3 Nr. 1 ROG (ROG) festgelegt sind, sollen für raumbedeutsame Freiflächen-Solarenergieanlagen bevorzugt in Anspruch genommen werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die vorrangigen Funktionen oder Nutzungen des Windenergiebereiches nicht beeinträchtigt werden.</p> <p>In den Windenergiebereichen haben Windkraftanlagen Vorrang vor anderen raumbedeutsamen Planungen und Vorhaben, wenn diese mit dem Bau und Betrieb von Windkraftanlagen nicht vereinbar sind. Bei der Darstellung von Windenergiebereichen ist davon auszugehen, dass diese Bereiche konfliktarme Räume zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien darstellen. Darüber hinaus werden seitens der Regionalplanung keine Festlegungen hinsichtlich der möglichen Anzahl von Windkraftanlagen, deren Bauhöhe oder deren Bauausführung getroffen. Durch technisch notwendige Mindestabstände der Windenergieanlagen oder vorhandene topografische Gegebenheiten können sich Flächen ergeben, welche sich für die</p>	<p><i>entsprechend Grundsatz 10.2-1 LEP NRW und der Anlage 3 zur LPIG-DVO unter anderem bei</i></p> <p><i>a) Abfalldeponien als Anlage zur Ablagerung von Abfällen (Punkt 2.ja-1) und</i></p> <p><i>b) Halden als Standorte beziehungsweise Vorhaben zur Lagerung oder Ablagerung von</i></p> <p><i>Bodenschätzen, Nebengestein oder sonstigen Massen (Punkt 2.ja-2).</i></p> <p><i>Geeignet sind Flächen in landwirtschaftlich benachteiligten Gebieten, sofern sie nicht die Eigenschaften von landwirtschaftlichen Kernräumen oder vergleichbaren Flächen aufweisen (vergleiche Grundsatz 10.2-16).</i></p> <p>Die Bereiche von bis zu 500 <i>Meter</i> von Bundesfernstraßen, Landesstraßen und überregionalen <i>Schienenwegen des Personen- und Güterverkehrs</i> wurden gewählt, weil die Förderkulisse des <i>§ 37 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe c EEG</i> den Raum längs von Autobahnen oder Schienenwegen in einer Entfernung von bis zu 500 Metern umfasst. Für alle anderen dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Straßen und Schienenwege sowie angrenzend an den Siedlungsraum sollen nur Bereiche von bis zu 200 <i>Metern</i> ausgewiesen werden. Innerhalb dieser Flächenkulissen kann davon ausgegangen werden, dass mit dem Abstand zu den Verkehrswegen (in Abhängigkeit von der jeweiligen Verkehrsbelastung unterschiedlich) <i>beziehungsweise</i> dem Siedlungsraum der Überlagerungseffekt der</p>	<p>landwirtschaftlichen Brachflächen gemeint sind.</p> <p>In Stellungnahmen geforderte Klarstellung, was „geeignete Flächen in landwirtschaftlich benachteiligten Gebieten“ sind.</p> <p>Rechtsförmlichkeit</p> <p>Folgeänderung Klarstellung im Grundsatz</p> <p>Rechtsförmlichkeit</p> <p>Rechtsförmlichkeit</p>

Entwurf - LEP Erneuerbare Energien vom 02. Juni 2023	Vorgeschlagene Änderungen nach Beteiligungsverfahren	Anmerkung
<p>Errichtung von raumbedeutsamen Freiflächen-Solarenergieanlagen eignen und die vorrangige Funktion des Windenergiebereiches nicht beeinträchtigt. Diese Flächen können für raumbedeutsame Freiflächen-Solarenergieanlagen in Anspruch genommen werden, ohne dass dabei die vorrangigen Funktionen gem. § 7 Abs. 3 Nr. 1 ROG beeinträchtigt werden.</p>	<p>Auswirkungen von Freiflächen-Solarenergie und Verkehrsinfrastruktur <i>beziehungsweise</i> dem Siedlungsraum auf den Raum abnimmt und die Raumbelastungen in der Regel zunehmen. Dem trägt die Formulierung im Grundsatz „bis zu 500 <i>Metern</i>“ <i>beziehungsweise</i> „bis zu 200 <i>Metern</i>“ Rechnung. Wegen der unterschiedlichen Raumbelastung sind Ausweisungen an Bundesfernstraßen gegenüber Ausweisungen an Landesstraßen vorzuziehen. <i>Die genannten Abstände sind vom äußeren Rand der Fahrbahn zu messen. Dabei muss die Anlagenausweisung entlang von Bundesfernstraßen unter Beachtung der anbaurechtlichen Bestimmungen (§ 9 des Bundesfernstraßengesetzes) erfolgen. Bei einer Anlagenausweisung entlang von Landesstraßen, Radschnellverbindungen des Landes und Kreisstraßen sind die anbaurechtlichen Bestimmungen des § 25 StrWG NRW zu beachten.</i></p> <p><i>Wirtschaftswege, auch wenn sie dem öffentlichen Verkehr gewidmet sind, sind keine Straßen im Sinne des Grundsatzes 10.2-17.</i></p> <p>Künstliche stehende Gewässer im Sinne dieser Festlegung sind stehende Gewässer, die in der Regel durch Aufstau von Fließgewässern oder Freilegen oder Wiederherstellen der Grundwasseroberfläche entstanden sind und sich vorbehaltlich fachgesetzlicher Prüfung für Floating-Photovoltaikanlagen</p>	<p>Rechtsförmlichkeit</p> <p>Rechtsförmlichkeit</p> <p>Rechtsförmlichkeit</p> <p>Klarstellende Ergänzung: „Die genannten Abstände sind vom äußeren Rand der Fahrbahn zu messen.“</p> <p>Klarstellende Ergänzung zur Beachtung von anbaurechtlichen Bestimmungen</p> <p>Klarstellende Ergänzung zu Wirtschaftswegen</p>

Entwurf - LEP Erneuerbare Energien vom 02. Juni 2023	Vorgeschlagene Änderungen nach Beteiligungsverfahren	Anmerkung
	<p>eigen. Hierbei darf der primäre Zweck des Gewässers in aller Regel nicht eingeschränkt werden. Vorstellbar ist beispielsweise eine Nutzung auf solchen Abtragungsgewässern, die hinsichtlich ihrer ökologischen Wertigkeit (<i>unter anderem</i> Artenschutz) und des Landschaftsschutzes keine besondere Bedeutung haben oder eine besondere Größe aufweisen und bei denen auch ansonsten hinsichtlich der bestehenden oder geplanten Nachfolgenutzung keine Konflikte bestehen.</p> <p>Auch Windenergiebereiche, welche als Vorranggebiete <i>gemäß</i> § 7 Absatz 3 Nummer 1 ROG festgelegt sind, sollen für raumbedeutsame Freiflächen-Solarenergieanlagen bevorzugt in Anspruch genommen werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die vorrangigen Funktionen oder Nutzungen des Windenergiebereiches nicht beeinträchtigt werden. <i>Dies umfasst auch die Möglichkeiten des Repowering.</i> In den Windenergiebereichen haben Windkraftanlagen Vorrang vor anderen raumbedeutsamen Planungen und Vorhaben, wenn diese mit dem Bau und Betrieb von Windkraftanlagen nicht vereinbar sind. Bei der Darstellung von Windenergiebereichen ist davon auszugehen, dass diese Bereiche konfliktarme Räume zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien darstellen. Darüber hinaus werden seitens der Regionalplanung keine Festlegungen hinsichtlich der möglichen Anzahl von Windkraftanlagen,</p>	<p>Rechtsförmlichkeit</p> <p>Rechtsförmlichkeit</p> <p>Klarstellende Ergänzung</p>



Entwurf - LEP Erneuerbare Energien vom 02. Juni 2023	Vorgeschlagene Änderungen nach Beteiligungsverfahren	Anmerkung
	<p>deren Bauhöhe oder deren Bauausführung getroffen. Durch technisch notwendige Mindestabstände der Windenergieanlagen oder vorhandene topografische Gegebenheiten können sich Flächen ergeben, welche sich für die Errichtung von raumbedeutsamen Freiflächen-Solarenergieanlagen eignen und die vorrangige Funktion des Windenergiebereiches nicht beeinträchtigt. Diese Flächen können für raumbedeutsame Freiflächen-Solarenergieanlagen in Anspruch genommen werden, ohne dass dabei die vorrangigen Funktionen gem. § 7 Absatz 3 Satz 2 Nummer 1 ROG beeinträchtigt werden.</p>	Rechtsförmlichkeit
<p><b>Grundsatz 10.2-18 Freiflächen-Solarenergie im Siedlungsraum</b></p>		
<p><b>Bauleitplanung soll die Freiflächen-Solarenergienutzung im Siedlungsraum als arrondierende, den anderen gewerblichen und industriellen Nutzungen untergeordnete Nutzung unterstützen.</b></p>		
<p><b>Zu 10.2-18 Freiflächen-Solarenergie im Siedlungsraum</b></p>		
<p>Die erstmalige Inanspruchnahme von Freiflächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke ist zu verringern. Eine sparsame Nutzung von Flächen für die Siedlungsentwicklung einschließlich der Gewerbe- und Industrieflächen vornehmlich für produzierende und gewerbliche Zwecke kann diese Entwicklung unterstützen und ist daher zu berücksichtigen. Eine Nutzung für Freiflächen-Solarenergieanlagen soll flächenhaft untergeordnet und randlich möglich sein, wenn</p>	<p>Die erstmalige Inanspruchnahme von Freiflächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke ist zu verringern. Eine sparsame Nutzung von Flächen für die Siedlungsentwicklung einschließlich der Gewerbe- und Industrieflächen vornehmlich für produzierende und gewerbliche Zwecke kann diese Entwicklung unterstützen und ist daher zu berücksichtigen. Eine Nutzung für Freiflächen-Solarenergieanlagen soll flächenhaft untergeordnet und randlich möglich sein,</p>	

Entwurf - LEP Erneuerbare Energien vom 02. Juni 2023	Vorgeschlagene Änderungen nach Beteiligungsverfahren	Anmerkung
<p>die angestrebte Nutzung anderer gewerblicher Nutzungen nicht beschränkt wird. Freiflächen-Solarenergieanlagen sollen im Siedlungsraum auch vor dem Hintergrund der Eigenversorgung als arrondierende, den anderen gewerblichen oder industriellen Nutzungen untergeordnete Nutzung befördert werden /möglich sein.</p> <p>Eine Bauleitplanung für Freiflächen-Solarenergieanlagen soll in dem im Regionalplan festgelegten Siedlungsraum (Allgemeine Siedlungsbereiche –ASB - und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen - GIB) eher arrondierend andere gewerbliche Nutzungen ergänzen (z. B. im Bereich von ungenutzten Rand- und Erweiterungsflächen bestehender Betriebe). Darüber hinaus ist die Nutzung vorhandener baulicher Anlagen durch Solarenergie (z. B. auf Dächern oder über Parkplätzen) im Siedlungsraum zu begrüßen.</p>	<p>wenn die angestrebte Nutzung anderer gewerblicher Nutzungen nicht beschränkt wird. Freiflächen-Solarenergieanlagen sollen im Siedlungsraum auch vor dem Hintergrund der Eigenversorgung als arrondierende, den anderen gewerblichen oder industriellen Nutzungen untergeordnete Nutzung befördert werden <i>beziehungsweise</i> möglich sein.</p> <p>Eine Bauleitplanung für Freiflächen-Solarenergieanlagen soll in dem im Regionalplan festgelegten Siedlungsraum (Allgemeine Siedlungsbereiche –ASB - und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen - GIB) <del>eher</del> arrondierend andere gewerbliche Nutzungen ergänzen (<i>zum Beispiel</i> im Bereich von ungenutzten Rand- und Erweiterungsflächen bestehender Betriebe).</p> <p><i>Darüber hinaus ist die Nutzung vorhandener baulicher Anlagen durch Solarenergie (zum Beispiel auf Dächern oder über Parkplätzen) im Siedlungsraum zu begrüßen.</i></p>	<p>Rechtsförmlichkeit</p> <p>Rechtsförmlichkeit</p> <p>Rechtsförmlichkeit</p>